Möglichkeiten für eine dezentral ausgerichtete Einwanderungspolitik in Deutschland

Dieser Artikel stellt die Essenz aus dieser Dissertation dar: Stark, Christopher: „**Eine dezentral ausgerichtete Einwanderungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland als Beitrag zur Stabilisierung schrumpfender Regionen**“ (Universität Hamburg 2024 / https://christopherstark.de/promotion-dissertation)

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitende Bemerkungen....1
2. Demographischer Wandel und räumliche Disparitäten....3
3. Lösungsansätze für schrumpfende Regionen....4
4. Der Blick über nationale Grenzen hinaus....5
5. Geographische Verteilung von Einwanderung in Deutschland....8
6. „Dezentrale“ Einwanderung und notwendige Infrastruktur....9
7. Matchingsysteme....11
8. Transparente Indikatoren vs. Algorithmen und mathematische Exaktheit....16
9. Anreizsysteme....17
10. Akzeptanz und ethnische Segregation....19
11. Standortfaktoren, Wirtschaft und Arbeit in schrumpfenden Regionen....21
12. Raumplanung, Dezentralität und Standortfaktoren....24
13. Abschließende Bemerkungen und Perspektiven....25
14. Literaturangaben....28

1. Einleitende Bemerkungen

Die Einwanderungspolitik in Deutschland war in den vergangenen Jahren (und ist aktuell) geprägt von improvisierten Reaktionen auf wellenartige Schübe von Einwanderung aufgrund von internationalen Entwicklungen und von Kriegen. Dabei wurde bisher keine stimmige Gesetzgebung entwickelt und die Politik folgt hier keinem konsistenten „Pfad“ (vgl. Wiese 2019[1]).

Im Kontext der Beiträge zu einer besseren gesetzlichen Basis für die Einwanderungspolitik werden verschiedene Ansätze diskutiert; etwa in Richtung eines Punktesystems. Auch verstärkt diskutiert wird seit etwa 2015, ob und über was für ein System Einwanderung in Deutschland in schrumpfende Regionen geleitet werden kann – auch entlang von individuellen Voraussetzungen und Präferenzen der Immigrant*innen. Eine aktuell im Vordergrund stehende Frage ist dabei, wie dies transparent und allgemein nachvollziehbar um-

1 S. 219-220; Zusammenfassung [ohne Seitenangabe]

gesetzt werden könnte, etwa mit Hilfe eines Matchingsystems.[2] Des Weiteren ist zu klären, welche Anreizsysteme oder -instrumente eingesetzt werden können, um die freiwillige Ansiedlung von Eingewanderten in die genannten Zielregionen hinein in größerem Umfang erfolgreich zu fördern. Zuletzt ist die Frage wichtig, welche begleitenden Maßnahmen ergriffen werden können, damit eine dezentraler ausgerichtete Einwanderungspolitik im Sinne von Akzeptanz, Arbeitsplätzen und (sozialer) Infrastruktur in den Zielregionen erfolgreich sein kann.

Diese Diskurse sollen mit diesem Artikel durch einen Ansatz für eine systematische, *dezentral* ausgerichtete Einwanderungspolitik erweitert werden. Die Begründung für einen solchen Ansatz ist, dass viele periphere, strukturschwache Regionen in Deutschland analog zur räumlich ungleichen demographischen und sozioökonomischen Entwicklung (vgl. bpb 2020b) ausbluten. Die geographische Verteilung von Eingewanderten im Land hingegen ist sehr ungleichmäßig und vor allem auf die Ballungsräume beschränkt (vgl. Destatis 2020).

Auch fehlt eine konsistente politische Gesamtstrategie für Einwanderung in Deutschland, insbesondere wenn es um Fragen der räumlichen Verteilung geht. Bisher ist es ebenfalls nicht gelungen, in der deutschen Gesellschaft einen klaren Konsens darüber zu erzielen, ob und wie Zuwanderung geordnet mit einer langfristigen Perspektive erfolgen soll. Ganz im Gegenteil dazu sind xenophobe, rechtsextreme Organisationen bzw. Parteien wie die AfD in strukturschwachen Regionen zum Teil relativ erfolgreich. Dies könnte eine Gefahr für die Demokratie und die offene, pluralistische Gesellschaft sein, speziell in diesen Regionen.

Um eine potentiell dezentraler organisierte Einwanderungspolitik in einen größeren Kontext zu setzen, sollte zunächst geklärt werden, welche Möglichkeiten der räumlichen Lenkung von Einwanderung in Deutschland in schrumpfende Regionen hinein bestehen (Kapitel 5.). Diese müssen auch unter Berücksichtigung sowohl des stark schwankenden Zustroms von Geflüchteten als auch der konstant wachsenden Erfordernisse hinsichtlich einer Fachkräftezuwanderung (vgl. Straubhaar 2014; BMAS 2023) diskutiert werden.

Migrationspolitiken anderer Nationalstaaten wie die Kanadas zeigen, dass eine langfristig ausgerichtete, tragfähige Einwanderungspolitik auch mit einer teilweise dezentralen Ausrichtung umsetzbar ist (vgl. Wiginton 2013; CIC 2001; CIC 2016), im Zuge derer sich zumindest ein relevanter Anteil der Eingewanderten in peripheren Regionen niederlässt.

Jenseits solcher dezentralen Einwanderungspolitiken werden auch verschiedene andere Ansätze diskutiert, um schrumpfende periphere Regionen zu stabilisieren und zugleich „überbevölkerte“ Großstädte zu entlasten (siehe Übersicht zum Thema: Stark 2024 S. 84ff). Dazu zählen vor allem die Förderung einer (Rück-)wanderung von bereits fortgezo-

2 Inklusive der Thematik, welche Indikatoren einzusetzen hierbei sinnvoll ist. Ein Matchingsystem soll grundsätzlich individuelle Präferenzen und Fertigkeiten von Eingewanderten mit besonders passenden Zielorten zusammenbringen.

genen Personen (Kapitel 3.). Allerdings haben sich bisher keine größeren Erfolge solcher Politiken eingestellt und die Potentiale sind begrenzt, sofern die Bevölkerung weiterhin stagniert oder schrumpft.
Weiterhin werden vor allem von rechter und konservativer Seite der Gesellschaft ausgehend immer wieder Ansätze gefordert, die eine Erhöhung der Geburtenrate zum Ziel haben. Allerdings gibt es bisher weltweit kein Beispiel, das zeigen würde, dass in westlichen Industrieländern eine solche Politik langfristig erfolgreich gewesen ist.

2. Demographischer Wandel und räumliche Disparitäten

Der Ansatz, eine dezentral ausgerichtete Einwanderungspolitik als Beitrag für eine langfristige Stabilisierung schrumpfender Regionen in Deutschland einzusetzen, ist auch vor dem Hintergrund zunehmender Herausforderungen durch den demographischen Wandel sowie räumlicher Polarisierungstendenzen und Disparitäten im Land zu verstehen.
Nach Schätzungen soll die Bevölkerung Deutschlands bis 2050 prognostiziert von rund 82 Mio. auf knapp 74 Mio. zurückgehen. Gleichzeitig soll auch der Anteil der Erwerbstätigen und Personen im Ausbildungsalter von 9 Millionen auf 6,5 Millionen abnehmen (vgl. Kiziak et al. 2013 S. 4ff). Als Konsequenzen sind etwa ein Rückgang des Wachstums und der Investitionen in die öffentliche Infrastruktur prognostiziert. Dabei fehle eine eindeutige und langfristig angelegte Strategie für den Umgang mit dieser Entwicklung (ebd.). Selbst bei einer Zuwanderung von 200.000 Menschen pro Jahr und steigenden Erwerbsquoten gehe man davon aus, dass die Zahl der Erwerbstätigen von heute etwa 40 auf 35 Mio. Menschen im Jahr 2050 sinken werde. Bei ausgeglichenem Wanderungssaldo und gleichbleibenden Erwerbsquoten im ungünstigsten Fall sogar auf 26 Mio. im Jahr 2050 (vgl. ebd.). Eine andere aktuellere Prognose geht etwas optimistischer von einem ganz leichten Anstieg der Bevölkerung in Deutschland bis 2100 aus, auch unter Berücksichtigung von Immigration. Ohne Immigration würde die Bevölkerung deutlich schrumpfen – in Europa demnach insgesamt in diesem Zeithorizont um etwa ein Drittel (vgl. EC 2023).
Entscheidend bei diesen Prognosen ist vor allem, dass sich die regionalen demographischen Unterschiede bis 2060 vertiefen dürften, entsprechend mit einem Rückgang von 4% in den westdeutschen und 18% in den ostdeutschen Flächenländern (vgl. bpb 2020b).
Trotz des in der deutschen Verfassung verankerten Ziels der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Teilen des Landes (Art. 72 Abs. 2 GG) findet schon heute eine räumliche Polarisierung zugunsten von erfolgreichen Regionen und zuungunsten von vielen ländlichen und peripheren Räumen statt (vgl. Berlin-Institut/Wüstenrot Stiftung 2019). Für die betroffenen Regionen wird von einer selbstverstärkenden Entwicklung ausgegangen und einem weiteren Entzug von Wirtschaftskraft. Als Folgeprobleme dieser Entwicklung werden Leerstand, der Verfall von Infrastruktur, eine hohe Arbeitslosigkeit, geringe Investitionen, eine hohe Verschuldung und eine weitere Abwanderung genannt (vgl. Fink/Tiemann 2017).

Sinnvoll bei der Betrachtung peripherer Regionen in Deutschland und Europa, die in höherem Maße als Zielregionen für Immigration dienen könnten, ist in drei räumliche Kategorien zu unterscheiden (vgl. Stark 2024): Erstens ländlich/landwirtschaftlich geprägte Dörfer, zweitens ländlich geprägte bzw. peripher gelegene Kleinstädte und drittens schrumpfende, vor allem altindustrielle Klein- und Mittelstädte. Diese Zielregionen unterscheiden sich v.a. bezüglich ihrer Aufnahmepotentiale für Zuwanderung.
Neben diesen Raumkategorien ist für Deutschland (und Europa) auch die Frage einer sinnvollen Auswahl aus allen schrumpfenden Zielregionen in der Zivilgesellschaft zu diskutieren, was bisher kaum geschieht. Soll Zuwanderung also etwa pauschal in alle diese Regionen hinein gleichermaßen erfolgen, oder beispielsweise vornehmlich in schrumpfende Regionen, die von vergleichsweise höherer Akzeptanz geprägt sind.

3. Lösungsansätze für schrumpfende Regionen

In Deutschland wird im Zusammenhang mit dem Problemkomplex des demographischen Wandels und zunehmender räumlicher Polarisierung ein Entstehen „abgehängter Regionen“ festgestellt (vgl. Berlin-Institut/Wüstenrot Stiftung 2019). Zum Teil wird vorgeschlagen, dass ein koordinierter Rückzug von Bevölkerung und Infrastruktur aus solchen Regionen erfolgen sollte (vgl. BBSR 2017) bzw. ein „organisierter Rückbau“ (vgl. Kiziak et al. 2013 S. 22), was aber keine Auffassung ist, die mehrheitsfähig sein dürfte.
Daneben gibt es alternative Strategien in Form von kleineren Gegenbewegungen von Menschen aus urbanen Räumen, die ihren Lebensmittelpunkt in die nähere oder weitere Umgebung von Großstädten verlegen. Solche Tendenzen werden von einigen Autor*innen als Chance bezeichnet (vgl. Berlin-Institut/neuland21 2019), wobei Binnenwanderung in dieser Form von anderen als Nullsummenspiel betrachtet wird, sofern die Bevölkerung insgesamt weiter schrumpft (vgl. IW 2021).
Die genannten Bewegungen seien häufig angetrieben von den negativen Folgen einer zunehmenden geographischen Konzentration der Bevölkerung in größeren Ballungsräumen und den „ballungsraumnahen Umlandgemeinden“, konkret etwa durch den massiven Anstieg von Mieten in vielen dieser Orte (vgl. BiB 2020). Daneben werden Programme, die Rückwanderung in die schrumpfenden Regionen hinein fördern sollen, als wenig aussichtsreich betrachtet (vgl. Hamm 2019 S. 27ff; Ott et al. 2019 S. 9ff).
Zuwanderung aus dem Ausland wird insbesondere bei demographischen Prognosen häufig als einziger Ausweg für eine nachhaltig stabile Bevölkerungsentwicklung gesehen (vgl. bpb 2020b).[3] Für eine Stabilisierung der Arbeitsmärkte bedürfe es zudem „qualifizierte[r] Zuwanderung aus dem Ausland“ (IW 2021 S. 3). Ganz allgemein wird von verschiedener Seite auf weitere positive ökonomische Effekte durch Immigration hingewiesen, vor allem auf Nachfrageeffekte (vgl. Bodvarsson/Van den Berg 2009; Galera et al. 2018 S. 31; Huber 2016 S. 17), auch etwa in mittelgroßen Städten (vgl. Hill/Yildiz 2020).

3 Da die Bevölkerung ohne Nettozuwanderung aus dem Ausland seit langem schrumpfen würde: Seit 1972 übersteige in Deutschland die Zahl der jährlich Gestorbenen die Zahl der Geborenen.

Im Kontext des Zuzugs von Eingewanderten wird ebenfalls die Eignung und Aufnahmefähigkeit von ländlichen/peripheren Räumen diskutiert (z.B. vgl. Mehl et al. 2017; ALR 2017; Aumüller/Gesemann 2016; Bolte/Kirchhoff 2015; Fick et al. 2023; Franke 2015). Auch werden Forderungen nach einer Einwanderung durch Immigrant*innen in mittelgroße und kleine Gemeinden jenseits der Großstädte formuliert (vgl. Berlin Governance Platform 2017 S. 3; Harjes 2021). In der Regel beziehen sich diese Autor*innen lediglich auf die Zuwanderung von Geflüchteten.

Die Erfolgsaussichten von Immigration in die genannten Zielregionen hinein werden unterschiedlich beurteilt, etwa im Sinne einer Hoffnung für die ländliche Regionalentwicklung, dass diese angesichts der Schrumpfung hiervon profitieren könnte (vgl. Pollermann 2016[4]), auch durch mehr Vielfalt, Offenheit und bessere Arbeitsmarktpotentiale (vgl. Ohliger et al. 2017 S. 36). Kritisch sehen *Tautz et al.* die Erfolgsaussichten in dieser Frage (vgl. 2018 S. 29), da es in solchen Regionen an Infrastruktur fehle; jedoch bestünden positive Perspektiven einer Zuwanderung in Zentrale Orte hinein.

Zum Teil werden die beiden Themen einer möglichen Fachkräftezuwanderung und einer An- und Umsiedlung von Geflüchteten in ländliche, periphere Räume hinein gemeinsam betrachtet (vgl. Siegert/Ketzmerick 2019a; Münkner/Münkner 2016).[5] Zudem werden in diesem Zusammenhang gesellschaftliche Folgen des demographischen Wandels in altindustriellen, strukturschwachen Räumen hervorgehoben – beispielsweise in Sachsen-Anhalt. Die Region wurde beispielhaft hinsichtlich steigender Infrastrukturkosten in Folge des demographischen Wandels und im Kontext von Zuwanderung (vgl. Siegert et al. 2015; Ketzmerick 2015), aber auch hinsichtlich ihrer Eignung für Einwanderung und Integration genauer untersucht, vor allem was die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt betrifft (vgl. Ott et al. 2019). Andere Autor*innen betonen, dass gerade beim Schwerpunkt auf von Abwanderung und demographischer Schrumpfung betroffenen Regionen Faktoren wie Leerstand in die Betrachtungen einbezogen werden sollten (vgl. Braun/Simons 2015 S. 5; Schürt/Waltersbacher 2017; Tardis 2019 S. 45ff; SRLE 2016 S. 5).

4. Der Blick über nationale Grenzen hinaus

Bei der Betrachtung der guten Praxis dezentraler Einwanderungspolitiken lohnt sich ein Blick in andere europäische Länder und nach Kanada. Verschiedene Ansätze von Politiken, die darauf ausgerichtet sind, räumliche Disparitäten ausgleichen zu helfen, können auf die Übertragbarkeit auf Deutschland überprüft werden.

Im Falle Kanadas ist erwähnenswert, dass das Land über jahrhundertelange Erfahrungen auch mit einer räumlich lenkenden Einwanderungspolitik verfügt (vgl. Kelley/Trebilcock 1998). Das Einwanderungssystem umfasst hier unter anderem Maßnahmen mit dezentraler Ausrichtung (vgl. Wiginton 2013; CIC 2001; CIC 2016). Verschiedene Autor*innen

4 Wobei er gerade in Ostdeutschland schlechtere Perspektiven hierfür sieht.

5 Und *McDonald-Wilmsen et al.* (2009 S. 106) tun dies für die Einwanderungspolitik in Australien.

haben hier etwa untersucht, ob sich Eingewanderte eher in großen Städten oder in Kleinstädten und peripheren Räumen niederlassen – und was die Gründe für das jeweilige Wanderungsverhalten sind (vgl. Edmonston/Lee 2013; Bernard 2008; Frideres 2006; Krahn et al. 2005). Im Rahmen einer Reihe von solchen Politiken wird eine geographische Lenkung von Zuwanderung in Kanada gefördert, teilweise erfolgreich. In Saskatchewan beispielsweise ziehen 32,7% der dort Einwandernden in kleine Gemeinden. An anderer Stelle wird zudem betont, dass die Lebensqualität in den kleineren Groß- und mittelgroßen Städten des Landes höher sei als in den Metropolen (vgl. Frideres 2006). *Wiginton* (vgl. 2013) sieht insgesamt eine zunehmende Bedeutung von Zuwanderung in kleine Gemeinden hinein und weist auf Förderprogramme hin. In Kanada sind auch Ansätze von privaten Sponsoringprogrammen für Eingewanderte in peripheren Regionen des Landes zu erwähnen[6] (vgl. Haugen 2019 S. 56ff). Solche sind für Deutschland nicht implementiert, könnten aber eine gute Ergänzung zu staatlicher Lenkung einer dezentral ausgerichteten Einwanderungspolitik sein.

Die Ausgestaltung der kanadischen Einwanderungspolitik wird z.T. als „neoliberal“ kritisiert; der Rückzug staatlicher Aktivitäten aus peripheren Regionen, etwa im Zuge von Privatisierungen sei nicht zielführend (vgl. Frideres 2006 S. 6ff). Dezentrale Konzepte griffen nicht in schrumpfenden und/oder peripheren Regionen bei zugleich fehlender wirtschaftlicher Dynamik und mangelnder Infrastruktur. Staatliche Intervention, vor allem in Form von Subventionen und sozialstaatlichen Instrumenten sind entsprechend erforderlich für den Erfolg solcher Einwanderungspolitiken.

Die Politik in Kanada ist zentral durch ökonomische Zielsetzungen und eine gelenkte Fachkräftezuwanderung geprägt. Daher ist eine potentielle Übertragbarkeit auf die Situation in Deutschland nur eingeschränkt möglich, wo ein viel größerer Anteil der zuwandernden Personen aufgrund von Fluchtursachen ins Land kommt. Speziell in Deutschland spielt in der Einwanderungspolitik im Gegensatz zu Kanada auch das Thema Braindrain[7] eine Rolle und findet Berücksichtigung bei der Anwerbung von Fachkräften (vgl. Deutscher Bundestag 2019; BMG 2019).

Im Falle Spaniens und Italiens sind zivilgesellschaftliche Initiativen für die Zuwanderung in periphere und ländliche Räume hinein sowie eine stärkere Ausprägung gesellschaftlicher Experimente rund um Immigration hervorzuheben. Auch zivilgesellschaftliche und/oder staatliche Netzwerke wie das erfolgreich arbeitende SPRAR-Netzwerk in Italien (vgl. Gamalerio et al. 2023) sind wichtig im Rahmen von dezentralen Einwanderungspolitiken. Ebenso ist die Bedeutung von Nichtregierungsorganisationen wie Cepaim in Spanien hervorzuheben, die sich bereits seit rund 30 Jahren für die interkulturelle Begleitung von vor-

6 Also eine Finanzierung von einzelnen Eingewanderten über private Initiativen.

7 Schließlich führe der Abfluss von „Humankapital“ aus ärmeren Herkunftsländern dort zu Problemen (vgl. Cervantes/Guellec 2002 S. 41; Oberndörfer 2007 S. 7).

nehmlich außereuropäischen Immigrant*innen in peripheren Räumen engagiert (Welcoming Spaces 2021).

Beispiele der guten Praxis, vor allem aus Spanien und Italien zeigen, dass Initiativen, Netzwerke, Nichtregierungsorganisationen und Einzelpersonen vielfältige lokale Strategien verfolgen, um Zuwanderung zu fördern. Hier geht es etwa darum, Nischen auf den lokalen Arbeitsmärkten, beispielsweise in der (traditionellen) Landwirtschaft zu füllen. Dies ist auch in Riace[8] in Italien oder im Dorf Yanguas in Spanien (Region Soria) der Fall, wo die traditionelle Landwirtschaft (z.B. für Schafhirten) oder das Kunsthandwerk entsprechende Möglichkeiten bietet. Dazu kommt die sogenannte Altersmigration, etwa in schrumpfende Regionen in Portugal hinein (vgl. Hugo/Morén-Alegret 2008 S. 474ff). Mit solchen Entwicklungen entstehen wiederum Arbeitsplatzperspektiven in der Pflege und im Gesundheitssystem insgesamt.[9]

Für Südeuropa sind daneben Fragen rund um die weltmarktorientierte Landwirtschaft als prekäre Arbeitsmöglichkeit für Zugewanderte in agrarisch-ländlichen Räumen hervorzuheben. Eine mögliche Übertragung solcher Wachstumsstrategien ähnliche Regionen in Deutschland würde in der Gesellschaft aber wohl als wenig erstrebenswert angesehen.

In der portugiesischen Stadt und der gleichnamigen Region Odemira habe sich die Demographie durch entsprechenden Zuzug von Einwandernden verbessert. Die Bevölkerungsverluste seit den 1960er-Jahren hätten sich seit den 1990er-Jahren durch diesen Faktor stabilisiert. Die Bevölkerung bestehe heute entsprechend zu einem überdurchschnittlich hohen Anteil aus eingewanderten Ausländer*innen. Viele von ihnen seien aufgrund von vorhandenen Arbeitsplätzen im Bereich der exportorientierten Landwirtschaft gekommen. Dies sei von entscheidender Wichtigkeit für die schlimmste ökonomische Krise gewesen, die damit für einige der Einwohner*innen hätte überwunden werden können (vgl. Morén-Alegret/Wladyka 2020 S. 157ff). Allerdings werden die teilweise sehr negativen Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft in diesen Regionen und am Ort Odemira kritisiert (vgl. Schreiber 2017).

Was Italien betrifft, so wurde die Einwanderungspolitik in den vergangenen Jahren zunehmend auf eine geographisch ausgeglichenere Verteilung von Immigrant*innen hin ausgerichtet (vgl. Ponzo 2020 S. 1-3). Diese Politik war zum Teil begleitet von massiven Widerständen in einigen Regionen. Exemplarisch kann dies anhand des Fallbeispiels der Kleinstadt Riace dargestellt werden. Die lokale Ansiedlungsförderung von Geflüchteten in diesem Ort hatte zu einem nationalen ideologischen Machtkampf geführt. Solche großen politischen Auseinandersetzungen wären in Deutschland denkbar, sofern rechtsextreme

8 Bzw. im Falle von Riace gewesen ist, da das Modell 2018 vom rechtsextremen Minister Matteo Salvini und Teilen der italienischen Justiz durch politisch motivierte Strafverfolgung zerstört wurde.

9 Wie auch in Kanada der Fall (vgl. Walton-Roberts 2005 158ff.)

Parteien wie die AfD, etwa auf Ebene der Bundesländer oder sogar auf Bundesebene in Regierungsverantwortung kommen können.[10]

In den genannten Ansätzen werden insgesamt neue gesellschaftliche Perspektiven für lokale Ökonomien gesehen, vorwiegend in ländlichen Regionen und schrumpfenden Dörfern Südeuropas, um deren wertvolles historischen Erbe vor dem Verfall zu schützen (vgl. Bacci 2017 S. 8). In diesem Zusammenhang sei als Beispiel für gute Praxis auch die „Cadore Cooperative“ in Italien positiv hervorgehoben, die genossenschaftlich organisiert ist und sich in der Stadt Cadore sowohl um Fragen der dezentralen Unterbringung kümmert, als auch für die Arbeitssuche von Eingewanderten engagiert (vgl. Galera et al. 2018).[11] Am Ende sind periphere/abgelegene Regionen für einen Teil der Eingewanderten attraktiv, sofern Jobs vor Ort vorhanden sind.

Abschließend sei darauf hingewiesen, dass Politiken für eine dezentralere bzw. gleichmäßigere Verteilung von Einwanderung auch in anderen europäischen Ländern bestehen, etwa in Schweden (vgl. Parusel 2015) oder in Frankreich (vgl. Tardis 2019), hier insbesondere in Form von einer Verteilung in Kleinstädte hinein.

5. Geographische Verteilung von Einwanderung in Deutschland

Mit einer „dezentral“ ausgerichteten Einwanderungspolitik im Titel dieses Artikels ist gemeint, dass Einwanderung nicht fast ausschließlich in wenige große Ballungsräume Deutschlands hinein stattfinden könnte, sondern flächendeckender auch in schrumpfenden, meist peripheren Orten. Und dies mit dem Ziel, vor allem in Klein- und Mittelstädten den Rückbau von Infrastruktur und insgesamt die langfristige Aufgabe von Teilen der Peripherie zu verhindern. Die wenigen bestehenden Politiken für eine räumliche Steuerung von Zuwanderung, auch in schrumpfende Regionen hinein, sind hierzulande jedoch unzureichend entwickelt und größtenteils weder im Sinne der Betroffenen noch der aufnehmenden Gebietskörperschaften.

Eine solche raumbezogene dezentrale Komponente ist der Verteilungsmechanismus „Königsteiner Schlüssel“ zwecks einer gleichmäßigen Verteilung von Geflüchteten über die Bundesländer (und die administrativen Ebenen darunter). Das zweite wichtige Instrument ist die „Wohnsitzauflage“ für eine zeitlich begrenzte Verpflichtung von Asylsuchenden zum Verbleib am ersten zugewiesenen Wohnort.

Diese Politikinstrumente stellen keine tragfähige Gesamtstrategie dar, vor allem nicht in Bezug auf die Möglichkeit, dass schrumpfende, periphere und strukturschwache Räume systematisch von Einwanderung aus dem Ausland profitieren können. Auch gelten die bestehenden Ansätze in diese Richtung nur für Geflüchtete, nicht aber für „reguläre“ Zuge-

10 Diese Gefahr für die pluralistische, interkulturelle Gesellschaft, wie sie vom Grundgesetz in Deutschland geschützt wird, muss aus Sicht des Autors durch aktive Maßnahmen von staatlicher Seite in Richtung von Bildungsmaßnahmen für breite Bevölkerungsgruppen angegangen werden.

11 Ähnliches leistet die spanische Genossenschaft Proempleo in den Gemeinden Palencia und Burgos (vgl. Pérez 2016).

wanderte bzw. Fachkräfte aus dem Ausland, für die erst recht Bedarfe in den genannten Regionen bestehen (z.B vgl. Ketzmerick 2015).

Die geographisch dezentrale Verteilung von Geflüchteten ist vor allem nach 2015 in der Öffentlichkeit intensiv diskutiert worden. Dabei wurde der Königsteiner Schlüssel kritisiert (z.B. vgl. Kluwer 2016; Siegert 2019; Braun/Simons 2015), ebenso wie die Wohnsitzauflage (vgl. Frei/Kluge 2016 S. 31ff; Schürt/Waltersbacher 2017 S.116ff; ALR 2017 S. 57ff; Flüchtlingsrat MV 2016).[12]

Vielfach werden andere Verteilungsmechanismen gefordert, etwa entlang von sinnhaften Indikatoren (vgl. Kluwer 2016; ALR 2017; empirica 2016; IW 2016; SVR 2017; MIDEM 2019), wie dem vorhandenen Wohnraum vor Ort, dem Arbeitsmarkt, Schulplätzen oder den Kapazitäten sozialer Dienste. Oder es wird gefordert, den Leerstand in ländlichen Landkreisen „mit Verdichtungsansätzen“ für die Integration von Geflüchteten zu nutzen, sofern vor Ort Arbeitsplätze vorhanden sind (vgl. Schürt/Waltersbacher 2017). Auch eine individuelle Berücksichtigung von Präferenzen der Eingewanderten für Städtischkeit bzw. Ländlichkeit wird vorgeschlagen (vgl. Jones/Teytelboym 2017 S. 164).

Für die administrative Ebene wird daneben angedacht, dass Gemeinden in den Zielregionen finanzielle Zuweisungen für die Aufnahme von Geflüchteten erhalten (vgl. ebd. S. 164ff) oder ihnen Mitsprachemöglichkeiten bezüglich der Aufnahme von Geflüchteten eingeräumt werden sollten (vgl. Bendel et al. 2019; Berlin Governance Platform 2017). In dem Zusammenhang werden die derzeit zum Teil unklaren Aufgabenverteilungen zwischen den administrativen Ebenen von Bund, Landkreisen und Kommunen/Gemeinden kritisiert (vgl. Schammann/Kühn 2016 S. 35).

Neben administrativen Fragen sollten auch Betrachtungen aus dem Blickwinkel der Eingewanderten selbst angestellt werden, etwa im Kontext von Faktoren für Bleibeperspektiven in peripheren Zielregionen (vgl. Kordel et al. 2023). In diesem Sinne gilt es ebenfalls, sich mit Anreiz- und Matchingsystemen auseinanderzusetzen (Kapitel 7 und 9).

6. „Dezentrale“ Einwanderung und notwendige Infrastruktur

Verschiedene Autor*innen haben eine insgesamt zunehmende Bedeutung von kleinen und ländlichen Kommunen als Zielregionen für Einwanderung in Europa hervorgehoben (z.B. vgl. Patuzzi et al. 2020 S. 6ff) und es werden Erkenntnisse der bewährten Praktiken für eine potentielle Übertragung auf andere Regionen zusammengetragen (vgl. Galera et al. 2018 S. 32; Patuzzi et al. 2020 S. 2-3).

In der Literatur werden als wesentliche Grundlage bei Vorhaben der Kategorie „Flüchtlinge aufs Land“ ausreichend ausgebaute Bildungsangebote und Beschäftigungsperspektiven (vgl. Aumüller/Gesemann 2016) genannt. Auch viele weitere „Zutaten“ für eine erfolgreiche Politik in diese Richtung werden angedacht, wie eine bessere Anerkennung von Bildungsabschlüssen, gerade im Lichte des Fachkräftemangels in den Zielregionen (vgl.

12 Die Wohnsitzauflage wird von Befürworter*innen aber auch als „Chance für ländliche Räume“ (SRLE 2016) gesehen.

Schader-Stiftung 2011 S. 38). Insgesamt wird das Vorhandensein von sozialer Infrastruktur wie Schulen und Gesundheitseinrichtungen vor Ort als besonders relevant hervorgehoben und kritisiert werden Schließungen von Bildungseinrichtungen in solchen Regionen (Veciana et al. 2020 S. 36), auch unabhängig von Fragen der Zuwanderung.
Zu berücksichtigende Themen sind bei diesem Themenkomplex alle relevanten Formen von notwendiger Infrastruktur sowie verkehrstechnische Aspekte. Diese sind relevant, da Mobilität im Alltag von Eingewanderten (v.a. Geflüchteten) in peripheren („ländlichen“) Räumen als wesentlich gesehen wird für die Bleibeperspektiven (vgl. Mehl 2021). Entsprechend wird auch die Erreichbarkeit von Einrichtungen in diesen Regionen genauer untersucht (vgl. Neumeier 2019). Daneben werden weitere Faktoren für die gute Praxis hervorgehoben, wie die hohe Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements und einer aktiven Zivilgesellschaft bei der Aufnahme (vgl. Kleiner/Klärner 2019; Berlin-Institut/Wüstenrot Stiftung 2019 S. 68; Gesemann/Roth 2016) sowie Partizipation, Transparenz und Nachvollziehbarkeit staatlichen Handelns (vgl. Siegert 2015 S. 24ff). Auch die Einbindung von Eingewanderten selbst im Zuge des Integrationsprozesses wird als bedeutender Faktor hervorgehoben (vgl. Gesemann/Roth 2017 S. 4). Auch wird betont, eine gute Integrationspolitik könne in diesem Sinne ländliche Räume zukunftsfähig machen (vgl. Süß 2011 S. 7-9).

Insgesamt werden positive Effekte einer dezentralen Schwerpunktsetzung in der Einwanderungspolitik in Europa unterstrichen (vgl. Galera et al. 2018), auch für die demographischen Probleme des Kontinents insgesamt (vgl. Harjes 2021).
Staatliche Initiativen in Richtung einer Wiederbelebung demographisch und wirtschaftlich schrumpfender Regionen durch Immigration spielen ebenfalls eine Rolle, wie etwa das EU-Forschungsprojekt „Investing in 'Welcoming Spaces' in Europe“ (vgl. EU 2020). Der Ansatz für die Schaffung von flächendeckenden Willkommensräumen in Europas wird in der Literatur zum Teil als zielführend betrachtet (z.B. vgl. Del Castillo Peralta 2020) und es wird betont, es erfordere eines institutionellen Rahmens, der ein Hochskalieren von Initiativen in Europa möglich mache (vgl. Ponzo 2020 S. 5ff; EU 2020).
In diesem Kontext ist auch etwa das Projekt 'anKommen-willKommen' in Sachsen-Anhalt zu erwähnen, das darauf abzielte, Kommunen gegenüber zu verdeutlichen, welche Chancen mit Einwanderung verbunden und welche Herausforderungen zu identifizieren seien. Insgesamt sei hier festzustellen, dass „Angemessene regionale und zielgruppenspezifische Anwerbe- und Bindungsstrategien“ im Rahmen eines Integrationskonzepts in schrumpfenden Regionen wichtig seien (vgl. Siegert et al. 2015 S. 5-6).

7. Matchingsysteme

Auf Diskursen zur räumlichen Verteilung von Einwanderung aufbauend werden Matchingsysteme diskutiert, mit deren Hilfe individuelle Präferenzen von Eingewanderten und geographische Gegebenheiten optimal zusammengebracht werden sollen.

In den vergangenen Jahren wurden Forderungen nach Schaffung eines Matchingsystems für Deutschland formuliert (Zobel/Schwan 2019; Bendel et al. 2019; Robert-Bosch-Stiftung 2019) und inzwischen gibt es verschiedene Ansätze für die Erarbeitung eines solchen Systems, insbesondere auch unter Berücksichtigung „weicher“ Indikatoren jenseits von Arbeitsplätzen. Namentlich sind dies das Match'In-Projekt (vgl. Univers. Hildesheim/Univers. / Erlangen-Nürnberg 2024) und das re:Match-Projekt (vgl. Smith et al. 2024).

Im Folgenden sollen die Grundansätze der verschiedenen Matchingsysteme diskutiert werden, speziell auch im Vergleich zum eigenen vorgeschlagenen System (siehe Stark 2024 S. 243ff). Der Schwerpunkt dieses Matchingsystems soll dabei ebenfalls nicht nur auf Aspekten rund um den Arbeitsmarkt liegen, wie zum Beispiel beim System Annie MOORE der Fall (vgl. OECD 2020; Trapp et al. 2020; Jones/Teytelboym 2016; University of Oxford 2018). Vielmehr wird es um den Aspekt der dezentralen Lenkung erweitert, um Eingewanderte in demographisch schrumpfende Regionen hinein „matchen“ zu können. Dies kann, wie aufgezeigt wird, explizit auch unter Berücksichtigung individueller Präferenzen geschehen, was Urbanität, Ländlichkeit, geographische Lage, Naturnähe und naturräumliche Ausstattungsmerkmale der möglichen Zielorte betrifft. Auf die Bedeutung solcher naturräumlichen Faktoren bzw. individuellen Präferenzen in Bezug auf periphere Wohnorte von Eingewanderten haben z.B. *Herslund/Paulgaard* (vgl. 2021 S. 6ff) und *Søholt* (vgl. 2020) hingewiesen.

Wie sich das vom Autor vorgeschlagene System insgesamt darstellt, ist in der folgenden Abbildung zusammenfassend dargestellt:

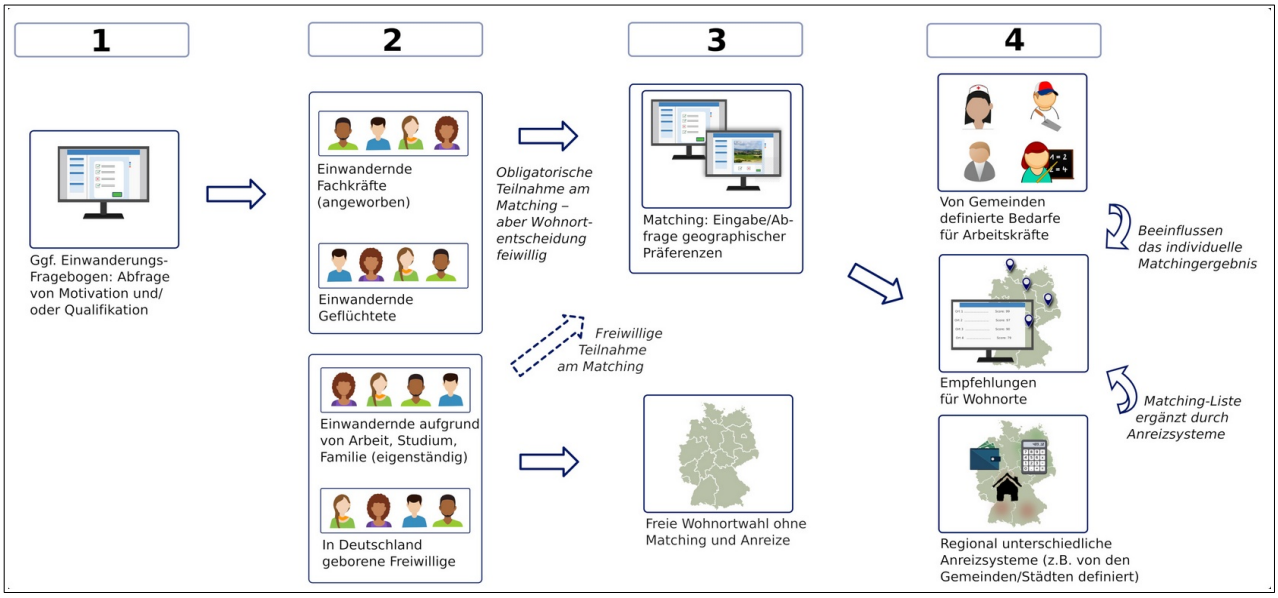

Abbildung 1: Schematische Darstellung eines dezentral ausgerichteten Matchingsystems (eigene Darstellung)

Vor dem Einsatz von Matching- und Anreizsystemen werden (in der Abbildung links beginnend) zunächst Informationen bei der Einreise von Eingewanderten (etwa mit einem allgemeinen Fragebogen) abgefragt. Damit sollen Rahmendaten erfasst werden wie Qualifikation, Herkunft, Geschlecht, Alter, Familienstand und ggf. auch Werte oder eine Selbsteinschätzung von Fertigkeiten. Nach der Einreise kann in einem weiteren Schritt ein Matching für Wohnortpräferenzen und -empfehlungen stattfinden, bei dem aus einer Liste von angezeigten demographisch schrumpfenden Gemeinden und kreisfreien Städten ausgewählt werden kann. In einer Matching-Weboberfläche oder einer App werden den teilnehmenden Personen neben den hoch gerankten Gemeinden oder Städten zusätzliche Anreize angezeigt, ähnlich von „Zusatzpaketen“, eines „Angebots“ für die eine oder andere Wohnortentscheidung.

Abweichend von den meisten in der näheren Vergangenheit zu Einwanderung in Deutschland erschienenen Publikationen und den genannten in der Entwicklung befindlichen Matchingsystemen, zielt der Ansatz des Autors nicht ausschließlich auf Geflüchtete ab. Viel mehr werden auch andere Gruppen von Eingewanderten, also etwa Fachkräfte und andere Eingewanderte einbezogen. Genauso erscheint aus Akzeptanzgründen die Einbeziehung von in Deutschland geborenen Menschen sinnvoll.
Aus Sicht des Autors bietet dieser Ansatz, abgesehen von Geflüchteten auch andere Bevölkerungs- und Eingewandertengruppen einzubeziehen, den Vorteil, dass die soziodemographische Struktur des neu hinzuziehenden Teils der Bewohner*innen in den Zielgebieten dann ausgewogener ist und weniger flankierende Maßnahmen und soziale Leistungen erforderlich sind, als wenn nur Geflüchtete kommen.

Um die geographische Lenkung integrieren zu können, soll das System mehrstufig ausgelegt sein, wodurch vor allem ermöglicht wird, dass es für die Erhaltung strukturschwacher/peripherer Zielregionen eingesetzt werden kann und strukturstarke Regionen vom Matching ausgeschlossen werden. Dies geschieht, indem in der 1. Stufe eine Filterung von schrumpfenden Gemeinden und Städten aus der Gesamtheit dieser Gebietskörperschaften stattfindet. Wie die Stufen eines solchen Matchingsystems aussehen können, wird hier aufgezeigt:

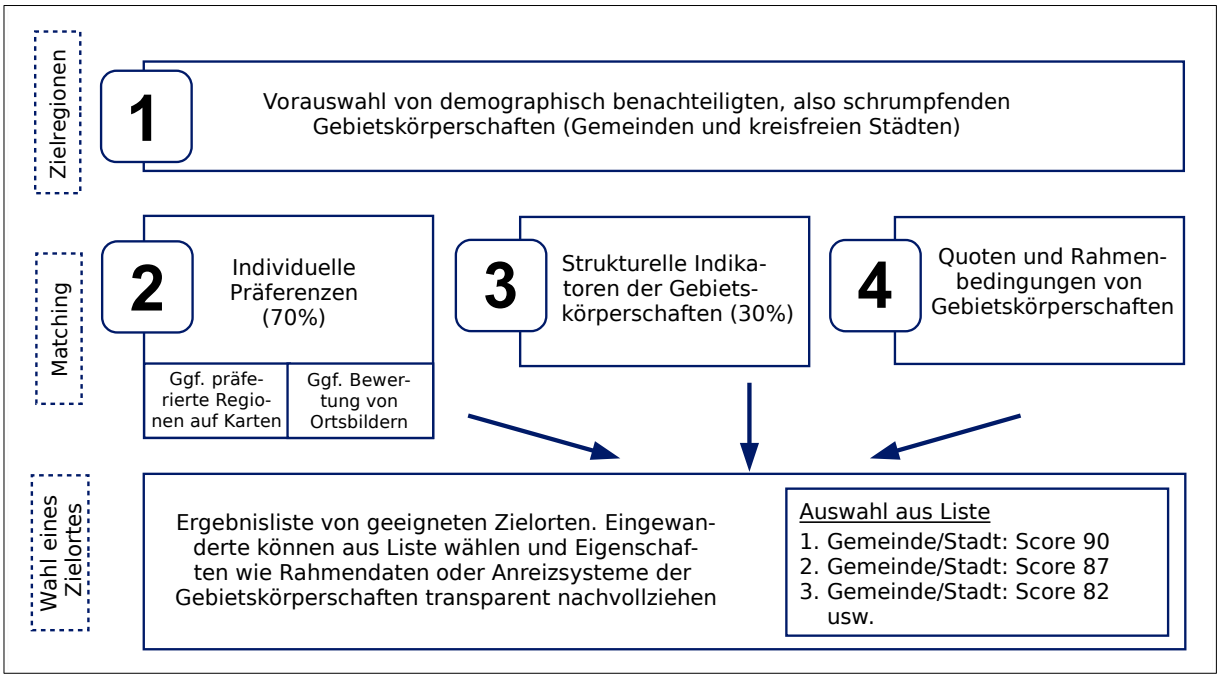

Abbildung 2: Mehrstufigkeit des Matchingsystems (eigene Darstellung)

Um individuelle Präferenzen der zu matchenden Personen mit den Ausstattungsmerkmalen der Städte und Gemeinden zusammenzubringen, werden alle Gebietskörperschaften zuvor entsprechend nach verschiedenen geographischen und strukturellen Merkmalen klassifiziert (Stark 2024 S. 259ff).

Die Schwerpunktsetzung auf Lebensqualität, berücksichtigt in Stufe 2 bei der Erfassung von individuellen Präferenzen, ist so zu begründen, dass viele schrumpfende Zielregionen über vorteilhafte Standortfaktoren in diesen Bereich gegenüber den Großstädten verfügen. Dies soll helfen, die Nachteile bei Standortfaktoren in der Peripherie ausgleichen zu helfen. Auch dadurch, dass anhand von Indikatoren eine insgesamt maximale Passgenauigkeit entsprechend der individuellen Präferenzen hergestellt wird.

In den Stufen 3 und 4 fließen zusätzliche strukturelle Indikatoren und Arbeitsmarktbedarfe oder andere Anforderungen der Städte/Gemeinden in diesen Gesamtindex für das Matching jeder einzelnen Person ein.

Die Auswahl der Indikatoren basiert zum einen auf Erkenntnissen der Dissertation (Stark 2024; vor allem den Befragungen) und zum anderen auf Beiträgen aus der Literatur zur

guten Praxis. Welche Indikatoren entsprechend vorgeschlagen werden, ist im Folgenden aufgeführt:

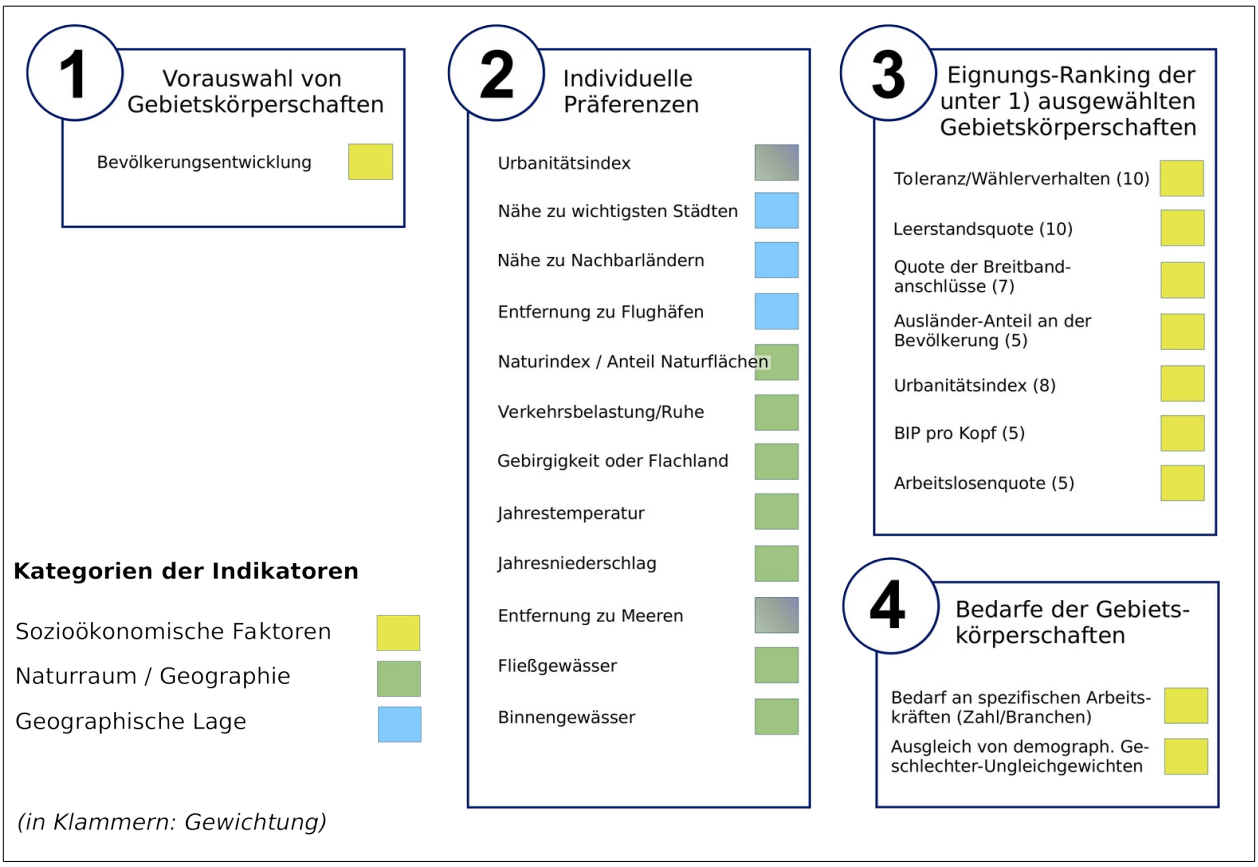

Abbildung 3: Indikatoren für ein dezentrales Matchingsystem (eigene Darstellung

Die Indikatoren für die Erfassung individueller Präferenzen in der Stufe 2 basieren vor allem auf Aspekten der geographischen Lage, wie der Nähe zu Städten, zu bestimmten Raumelementen, aber auch Landschaftstypen oder naturräumlichen Ausstattungsmerkmalen und klimatischen Bedingungen. Ein solcher Schwerpunkt ist in den genannten anderen Matchingsystemen bisher nicht oder nur in Ansätzen gesetzt worden.

Die Auswahl der Indikatoren für die Matching-Stufen 2 und 3 orientiert sich dabei auch an Bleibeperspektiven von Eingewanderten in peripheren/strukturschwachen Regionen. Zusätzlich spiegelt die Zusammenstellung wider, was über die allgemein verfügbaren raumbezogenen und statistischen Daten vor allem für die kleinste administrative Ebene der Gemeinden in Deutschland umsetzbar ist.

Solche Präferenz-Gewichtungen, die mit einem Fragebogen erfasst werden können[13], wurden in eine exemplarische Matching-Karte übertragen. Die farbliche Abstufung entspricht den Indexwerten aus der Matching-Stufe 2, die sich aus dem Eignungsranking

13 In der Dissertation wurden diese so erfasst, dass die Personen ihre Präferenzangaben für die Indikatoren der Stufe 2 jeweils mit 1-10 Punkten gewichten sollten.

aller Gemeinden/Städte ergeben, multipliziert mit den individuell angegebenen Gewichtungen für die Indikatoren. Daneben werden die jeweils zehn am höchsten gerankten Gemeinden/Städte aufgelistet und markiert:

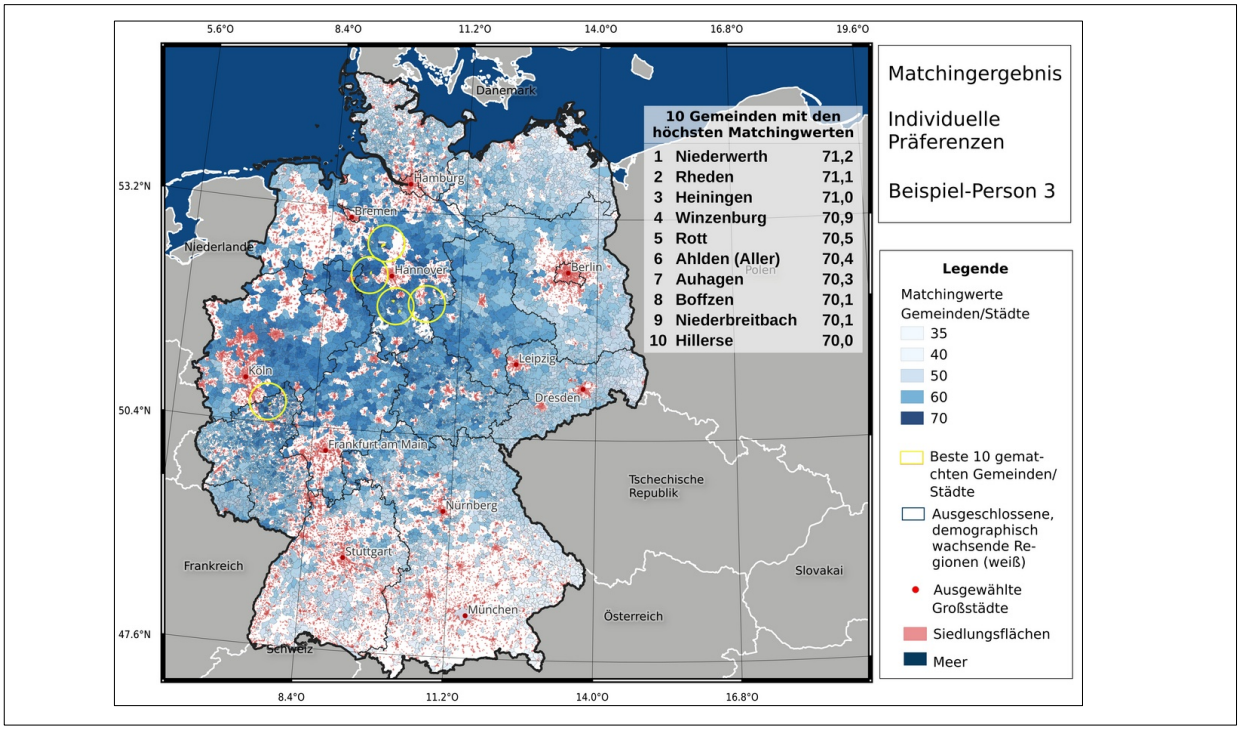

Abbildung 4: Beispiel für Matching nach individuellen Präferenzen (eigene Darstellung

In einem weiteren Schritt werden diese auf der Karte dargestellten Werte mit den Indexwerten aus der Matching-Stufe Nr. 3 addiert, um einen Gesamt-Matchingindex zu generieren.

Neben den in Abbildung 3 aufgelisteten Indikatoren für Wohnortpräferenzen könnten als Indikatoren in einem Matching auch soziopsychologische Aspekte einbezogen werden, etwa materialistische Einstellungen bzw. stärker „berufs-“ oder „privatweltliche“ Orientierungen unter Eingewanderten. Von diesen Mentalitäten sind individuelle Perspektiven und die Wahrscheinlichkeit des langfristigen Verbleibs in der Region abzuleiten (vgl. Nadler et al. 2012 S. 115ff). Die Lebenszufriedenheit von Menschen des „berufsorientierten Typus“ sei hier geringer (vgl. ebd.). Die Frage ist für diese Arbeit relevant, auch da knappe Ressourcen in ländlich/peripheren und vor allem in schrumpfenden Räumen insbesondere in Form eines niedrigeren Lohnniveaus (vgl. Fuchs et al. 2014) festzustellen sind. Dieser Umstand steht einer „geldorientierten Mentalität“ deutlich entgegen. Ein weiterer Aspekt, der berücksichtigt werden könnte, ist der Zusammenhang von Toleranz und Materialismus, erwähnt in der „European Values Study“, welche von *MIDEM* analysiert wurde. Demnach korreliere die Haltung des Anteils der Bevölkerung, der eine postmaterialistische Orientierung aufweise, negativ mit „Bedrohungsgefühlen gegenüber Zuge-

wanderten“. Dies wiederum dürfte hinderlich sein für eine langfristig angelegte Ansiedlungsförderung, wie hier diskutiert. In dieser Frage besteht aber weiterer Forschungsbedarf; konkret bezogen darauf, inwiefern materialistische Mentalitäten sinnvoll erfasst und in einem Matchingsystem abgebildet werden könnten.

Im Vergleich zu bestehenden Matching-Ansätzen sind beim vorgelegten Ansatz (Stark 2024 S. 243ff) zusammenfassend die folgenden Aspekte hervorzuheben: Es werden geographische/naturräumliche Präferenzen im Detail berücksichtigt und es erfolgt eine genaue Aufschlüsselung der Indikatoren, einschließlich von Hinweisen für eine Integration ins Matching. Auch wird gezeigt, auf welche Art und Weise statistische Daten und Geodaten in das vorgeschlagene Matchingsystem einfließen können und wie auf der technisch-praktischen Ebene die (einfache) Berechnung des Rankings der Gebietskörperschaften für die individuellen Eingewanderten erfolgen kann. Damit wird eine grundlegend andere methodische Herangehensweise gewählt als die, welche im folgenden Kapitel erläutert werden.

8. Transparente Indikatoren vs. Algorithmen und mathematische Exaktheit

Der Einsatz von Algorithmen und „künstlicher Intelligenz“ für Matchingsysteme bietet einige entscheidende Nachteile. Der Autor dieser Arbeit teilt die Skepsis, was den Einsatz komplexer und damit intransparenter Algorithmen betrifft.[14] Im Lichte der Kritik am Bias, also vielfältigen Verzerrungen von KI-Systemen (hier zusammengefasst: ebd. S. 252ff) wird (wie bereits aufgezeigt) ein Matchingsystem vorgeschlagen, das in seiner Methodologie möglichst einfach gehalten, transparent und bezüglich aller Indikatoren für die Zivilgesellschaft nachvollziehbar ist. Dabei ist auch vorteilhaft, dass dieses System mit frei verfügbaren Statistiken und Geodaten erzeugt werden kann.

Ein zentraler Aspekt bei Matchingsystemen wie Annie MOORE ist es, maschinelles Lernen und die Abfrage von großen Datenbanken zu integrieren. Da das „Lernen“ des Systems hier auf Basis historischer Daten des Erfolgs oder Misserfolgs von Geflüchteten auf dem Arbeitsmarkt stattfindet, dürfte klar sein, dass beim Matching vor allem die in dieser Arbeit vorgeschlagenen Zielregionen, die unter nachlassender Wirtschaftsleistung und einem Bevölkerungsrückgang leiden, schlecht abschneiden werden. Daher ist ein derartig aufgebautes Matchingsystem wenig hilfreich für eine dezentrale Ausrichtung der Einwanderungspolitik.

Auch bei einer Vielzahl von Indikatoren für die Berücksichtigung subjektiv-individueller Präferenzen und soziogeographischer Indikatoren, wie im Rahmen dieser Arbeit vorgeschlagen, kann zwar von zahlreichen Verzerrungen ausgegangen werden, weshalb keine hohe mathematische Genauigkeit erreichbar ist und es sich letztendlich eher um eine

14 Auch weil „die Annahme ihrer Eigenständigkeit, Neutralität oder Objektivität indes [als] höchst fragwürdig“ (Thimm/Nehls 2019 S. 976) angesehen werden kann.

qualifizierte heuristische Annäherung handelt. Aus ähnlichen wissenschaftlichen Kontexten wurde jedoch mehrfach gezeigt, dass heuristische Annäherungen ebenso gute Ergebnisse liefern können wie exakte Algorithmen (hier zuammengefasst: ebd. S. 64).
Weiterhin ist in den Publikationen zur mathematischen Optimierung von Algorithmen für Matchingsysteme aus Sicht des Autors unklar, welchen Mehrwert ein Algorithmus für eine exakte Zuweisung von migrantischen Arbeitnehmer*innen zu Gebietskörperschaften hat. Insbesondere gilt diese Kritik, wenn nur der Indikator von Arbeitsmarktkompatibilität gemessen wird, alle anderen möglichen Indikatoren, die sich etwa auf individuelle räumliche Präferenzen beziehen, aber (noch) nicht Teil der Formeln des Algorithmus sind.
Aus Sicht des Autors ist die Grundannahme, dass eine ganz exakte Zahl von Geflüchteten ermittelt und angesiedelt werden müsse, nicht nachvollziehbar. Wenn eine Gebietskörperschaft eine flexible Quote festlegt, z.B. 200-300 Personen in einem Jahr wäre diese „Ungenauigkeit“ unproblematisch. Denn am Ende kann nicht exakt prognostiziert werden, wie viele Menschen in einem Zeitraum aus einem Ort ganz genau hin- oder wegziehen, Arbeitsplätze wechseln usw. Die beschriebenen Matchingsysteme betreiben in diesem Sinne eine Art von „Mikromanagement“, indem sie jede einzelne Person etwa jedem einzelnen Platz in einzelnen Sprachkursen in einzelnen Gemeinden zuordnen, anstatt eine **ungefähre** Zahl von Menschen zu matchen. Aufnahmekapazitäten etwa können in gewissem Umfang flexibel nach oben oder unten angepasst werden, entsprechend der tatsächlichen Zahl der neu ankommenden Personen, ohne dies ganz exakt vorher festlegen zu müssen. Genau so, wie es in unserer durch Freizügigkeit geprägten Gesellschaft ohnehin getan wird, in der auch keinerlei staatliche Verwaltung von Fort- und Zuzügen der Bevölkerung insgesamt stattfindet und Behörden auf lokale Schwankungen in der Bevölkerungszahl eingestellt sind.
Der Mehrwert einer exakten, mathematisch genauen Personenzahl dürfte den Nachteil der Intransparenz solcher Systeme nicht aufwiegen.

9. Anreizsysteme

Neben dem Themenkomplex „Matching“ sollten potentielle Anreizsysteme für die Förderung eines freiwilligen Wechsels des Wohnsitzes von Eingewanderten in schrumpfende/strukturschwache Regionen hinein erörtert werden. Vor allem auf Grundlage von Ergebnissen der eigenen quantitativen Befragungen und Gruppendiskussionen (vgl. Arbeitspapiere: Stark 2019a; 2019b; 2020a und 2022c). Zu den vorgeschlagenen und in der Dissertation (Stark 2024) diskutierten Anreizsystemen zählen Steuererleichterungen bei Umzug in bestimmte schrumpfende und/oder periphere Regionen, Eigensanierung leerstehender Gebäude gegen kostenloses Wohnrecht oder vergünstige Konditionen beim Mieten, ein schnellerer Familiennachzug (für Geflüchtete) oder eine Arbeitsplatzgarantie. Dabei wurde für alle Vorschläge eine überwiegende oder sehr hohe Zustimmung deutlich.

Die Fragen (ebd. S. 229ff)[15] lauteten:

> *„Wenn Sie dadurch Vorteile bekämen, wären Sie bereit, an einem Ort in Deutschland zu leben, [...] anstatt [den] Wohnort selber auszuwählen)?“ // „Einheimische, die in ländliche Räume ziehen oder dort leben bleiben [... aber] auch hinzugezogene Ausländer, bekommen steuerliche Anreize für diese Wahl des Wohnorts.“*

Das zentrale Ergebnis aus diesen Befragungen[16] ist in der folgenden Tabelle dargestellt:

Vorschlag für Anreizsystem	Ländlich/peripher lebende Personen		Eingewanderte in Deutschland	
	Zustimmung	**Ablehnung**	**Zustimmung**	**Ablehnung**
Leerstandsanierung	76%	10%	52%	10%
Steuerliche / finanzielle Anreize	61%	23%	54%	21%
Familiennachzug	-	-	52%	23%
Arbeitsplatzgarantie	-	-	71%	12%

Abbildung 5: Akzeptanz für Anreizinstrumente

Insgesamt zeigen die Ergebnisse aus beiden Fragebögen für alle vorgeschlagenen Optionen von Anreizinstrumenten höhere oder deutlich höhere zustimmende als ablehnende Haltungen. Die Zustimmungswerte waren unter den Befragten, die in ländlichen/peripheren Gebieten leben, insgesamt höher als unter den Eingewanderten (obwohl sich die vorgeschlagenen Anreizen primär auf Eingewanderte beziehen). Aber auch unter den eingewanderten Befragten befand ein Anteil von 87% mindestens eines der aufgeführten Anreizsysteme als „interessant“ oder „sehr interessant“.

Für Deutschland gibt es zu diesem Thema fast keine Beiträge. Nur an einigen Stellen wurden Anreiz- oder Belohnungssysteme angeregt, damit sich Eingewanderte in peripheren Räumen niederlassen (vgl. Siegert/Ketzmerick 2019b S. 74; SVR 2017 S. 9), ohne dies jedoch im Detail auszuführen. Hinweise zu derartigen Förderungen in Kanada in Form von Steuererleichterungen oder Vorteilen bei Familienzusammenführungen werden etwa auch von *Hyndman et al.* (vgl. 2006 S. 19) beschrieben. Solche würden zum Teil eingesetzt als Belohnungssystem, sofern sich Eingewanderte jenseits der großen Metropolen niederließen.

15 Die an Eingewanderte und an in Deutschland geborene Personen in peripheren/schrumpfenden Regionen gerichtet waren.

16 Befragung der ländlich/peripher lebenden Befragten: n=423; der Eingewanderten: n=278.

Anreizsysteme spielten in der europäischen Geschichte bereits eine Rolle, etwa für die Förderung einer Ansiedlung französischer Protestant*innen (Hugenotten) im 16. Jahrhundert – nach Preußen und in andere Teile Europas hinein[17] (vgl. Niggemann 2011).
Abschließend ist anzumerken, dass in Bezug auf mögliche Anreizsysteme weiterer Forschungsbedarf besteht, die Ergebnisse der vom Autor vorgelegten Dissertation aber ermutigend sind, was die Akzeptanz für solche Systeme betrifft. Aus Sicht des Autors sollten Anreizsysteme insgesamt stärker in den Blick genommen werden. Positive Anreize dürften im Sinne einer geographischen Lenkung von Menschen schließlich viel effektiver sein als restriktive Zwangsmaßnahmen wie die Wohnsitzauflage. Auch können sie die Akzeptanz für Einwanderungspolitiken erhöhen, insbesondere wenn sie auch für in Deutschland geborene Personen angeboten werden, die von ihnen profitieren können.

10. Akzeptanz und ethnische Segregation

Im Kontext auch von dezentralen Einwanderungspolitiken ist es besonders wichtig, Akzeptanz und denkbare Konfliktdimensionen zu erörtern, die es begleitend zu beachten gilt. Diese Fragen sind im Rahmen des Spannungsfelds zwischen gesellschaftlichem Nutzen zum einen und Ängsten vor Einwanderung zum anderen zu diskutieren. Auch müssen sie vor dem Hintergrund starker rechtsextremer Tendenzen sogar in der Mitte der Gesellschaft (vgl. Decker/Brähler 2018; Decker et al. 2022) betrachtet werden. Ebenso aber auch unter Berücksichtigung einer geringeren Toleranz in ländlichen gegenüber städtischen Kommunen, was Einwanderung betrifft (vgl. Glorius et al. 2023 S. 107ff) – oder ebenso in altindustriell geprägten, schrumpfenden Regionen, wie in Sachsen-Anhalt (vgl. Ott et al. 2019 S. 122ff), die im Rahmen dezentraler Einwanderungspolitiken in den Blick genommen werden.
Des weiteren sollten Bedenken, die sich auf räumlich-ethnische Segregation, also eine räumliche Konzentration von Eingewanderten derselben Herkunft beziehen, im Rahmen einer dezentral ausgerichteten Einwanderungspolitik berücksichtigt werden. Schlagworte in den Diskursen hierzu sind häufig „Gettobildungen“ oder „Parallelgesellschaften“, die es zu verhindern gelte (vgl. IW 2016 S. 19-20, Braun/Simons 2015 S. 11). Aber bei dieser Thematik wird auch Widerspruch geäußert; es gebe im Prinzip die Probleme etwa von ethnischen Gettobildungen in Deutschland nicht (vgl. Kohlmeier/Schimany 2005 S. 78; Kapphan 2007), vor allem nicht in ländlichen Räumen (vgl. ALR 2017 S. 59). Auch gebe es keine „Parallelgesellschaften“ (vgl. Fisch 2007) und insgesamt betrachtet sei sozio-ethnische Segregation eine Konsequenz von Diskriminierung durch die Aufnahmegesellschaft (vgl. Münch 2014). Ganz im Gegenteil dazu werden auch die Vorteile ethnischer Com-

17 Im Potsdamer Edikt war etwa die Nutzung von Leerstand zu diesem Zweck gefordert worden. Es gelte, hieß es, für die Hugenotten „dieselben [Häuser] wieder aufzurichten und in guten baulichen Zustand zu setzen“. Auch war festgelegt worden, dass Baumaterialien und ganze Grundstücke für die Reparatur unentgeltlich angeschafft werden und den neuen Eingewanderten zur Verfügung zu stellen seien (vgl. Beheim-Schwarzbach 1874). Zudem waren Steuererleichterungen bzw. Abgabenfreiheiten in den Edikten enthalten (vgl. Niggemann 2011 S. 50ff).

munities hervorhoben (vgl. Weidinger/Kordel 2016; Kapphan 2007), vornehmlich wenn es sich um multiethnische Konzentrationen von Menschen in Städten handelt (vgl. Saunders 2010). Eine gewisse ethnische Clusterung von Eingewanderten etwa in Kleinstädten biete im Sinne einer gesellschaftlichen „kritischen Masse“ auch Vorteile (vgl. CIC 2001 S. 57-58; Krahn et al. 2005 S. 891).
Der Autor dieses Artikels plädiert dafür, zur Förderung von Akzeptanz einen Kompromiss zwischen den Vorteilen einer ethnischen Konzentration für die Eingewanderten selbst und den gesellschaftlichen Forderungen nach einer Verhinderung von ethnischer Segregation zu finden (Überblick zur Diskussion in Deutschland: Stark 2024 S. 153ff). Eine „leichte Durchmischung“ ethnischer Gruppen kann hierbei ohne den Charakter eines Zwangssystems anzunehmen, mit Hilfe eines Matchingsystems erreicht werden (vgl. ebd S. 279ff). Wenn dann in einer schrumpfenden Klein- oder Mittelstadt beispielsweise die Ansiedlung von mehreren Hundert Menschen verschiedener ethnischer Herkünfte gefördert würde, dürfte dies ausreichen, damit in der lokalen interkulturellen Gesellschaft ausreichend Anknüpfungspunkte zu Personen der jeweils eigenen Herkunft vorhanden sind.

Neben den deutschen Diskursen sollten auch übergreifende problematische Entwicklungen in Europa insgesamt mit beachtet werden, wie Erfolge rechtsnationalistischer Parteien auch auf der lokalen Ebene, vor allem in den Fällen, wenn ein schneller Zuzug von Einwandernden in einen Ort hinein stattfindet (vgl. MIDEM 2019; S. 83ff). [Nicht nur] für Deutschland seien interkulturelle Öffnungsprozesse für eine Willkommenskultur erforderlich (vgl. ALR 2017; Bolte/Kirchhoff 2015), wobei diese auch durch den „Druck der Demografie“ befördert würden (vgl. Schader-Stiftung 2011 S. 24). In diesem Zuge weisen einige Autor*innen darauf hin, dass insgesamt das Integrationsverständnis in unserer Gesellschaft geklärt werden solle (vgl. z.B. Pätzold/Reimann 2018 S. 29ff).
Die Ermöglichung der gesellschaftlichen Transformation hin zu einer Einwanderungsgesellschaft, die auf Basis eines gewissen gesellschaftlichen Konsenses auch in schrumpfenden Regionen funktioniert, sollte ein Schwerpunkt des flankierenden politischen Vorgehens sein.
In der zweiten Befragung im Rahmen der genannten Dissertation standen solche Betrachtungen im Vordergrund. Im Ergebnis des Fragebogens, der an die Bevölkerung in peripheren, schrumpfenden und/oder ländlichen Regionen gerichtet war, wurde eine überwiegende Zustimmung zu Vorschlägen für eine dezentral ausgerichtete Einwanderungspolitik ermittelt. Im Folgenden ist das zentrale Ergebnis der Befragung (Stark 2024 S. 134ff) hierzu dargestellt. Es ging also darum zu erfahren, ob diese Menschen bereit wären, eine solche Politik mitzutragen:[18]

18 Die Frage lautete: „Stellen Sie sich das folgende Szenario vor: Dorf A und Kleinstadt B haben durch Abwanderung in den letzten 30 Jahren viele Einwohner verloren. Die Bevölkerungszahl von Dorf A ist von 600 auf 380 gesunken und von Kleinstadt B von 5000 auf 2900. Es gibt kaum Arbeit und in Dorf A nicht einmal mehr Läden, geschweige denn eine Schule oder einen Kindergarten. Um das Problem zu lösen, setzt die Regierung ein Programm auf, um das Sterben von

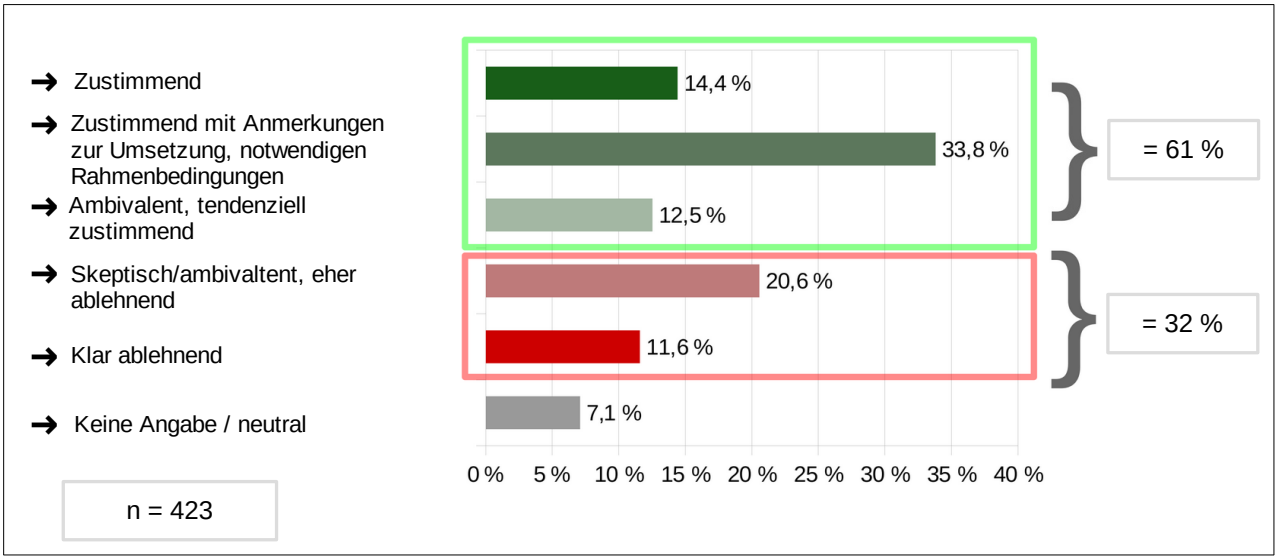

Abbildung 6: Akzeptanz vor Ort für dezentrale Einwanderungspolitik

Eine zustimmende Mehrheit von 61% stand hier also einer größeren ablehnenden Minderheit von 32% gegenüber. Dies ist ein insgesamt positives Ergebnis, das in Regionen, die von demographischer Schrumpfung besonders betroffen waren, sogar noch deutlicher im Sinne einer Zustimmung ausfiel[19] (ebd. S. 135ff; Arbeitspapier: Stark 2019a). Eine solche Akzeptanz dürfte aber regional sehr unterschiedlich sein und von vielen Faktoren und denkbaren flankierenden Maßnahmen abhängen und beeinflusst werden.

11. Standortfaktoren, Wirtschaft und Arbeit in schrumpfenden Regionen

Angesichts wesentlicher Standortnachteile schrumpfender peripherer Regionen (vgl. Berlin-Institut/Wüstenrot Stiftung 2019) sollen im Kontext dieses Artikels Möglichkeiten der staatlichen Lenkung zur unterstützenden ökonomischen Entwicklung diskutiert werden. Von Seiten des Autors wird als eine angepasste Strategie für Wirtschaft und Arbeit das unkonventionelle Modell von Homeoffice-Arbeitsplätzen für Eingewanderte diskutiert (Stark 2024 S. 212ff). Homeoffice-Arbeitsmodelle speziell für periphere Räume werden zwar ebenfalls von *Berlin-Institut / neuland21* (vgl. 2019) erwähnt, hier jedoch nicht explizit in Verbindung zu Fragen der Einwanderungspolitik gebracht. Diesbezüglich gibt es bisher keine Beiträge in der Literatur und das Thema wurde daher durch eine Befragung im

Dörfern und Kleinstädten zu verhindern: Im Rahmen dieses Programms werden Einwanderer aus dem Ausland gezielt an diesen Orten angesiedelt. Und zwar nicht nur aus einem Land, sondern bunt gemischt, aus mehreren Herkunftsländern, damit keine Gettos entstehen. Wie finden Sie das? Warum?“

19 Dazu passt die Aussage, der „Druck der Demografie“ befördere Öffnungsprozesse in ländlichen Regionen gegenüber Eingewanderten aus dem Ausland (vgl. Schader-Stiftung 2011 S. 24).

Rahmen der Dissertation des Autors im Hinblick auf die Akzeptanz durch Arbeitgeber*innen und Potentiale im Dienstleistungssektor näher betrachtet (Stark 2024 S. 212ff).
Im Ergebnis kann hier festgestellt werden, dass die Mehrheit der befragten Dienstleistungsbetriebe und -organisationen einem Modell gegenüber aufgeschlossen war, das darin besteht, dass Eingewanderte an peripheren Orten entfernt vom Firmenstandort leben und in einem ausschließlichen Homeoffice-Modell arbeiten. Es ging darum zu erfahren, ob Arbeitgeber*innen bereit wären, jeweils einen Teil ihrer Mitarbeiter*innen in einem solchen Arbeitsmodell einzustellen. Dabei war eine Mehrheit von 58% in mehreren Abstufungen in dieser Frage aufgeschlossen und eine größere Minderheit von rund 38% ablehnend eingestellt.

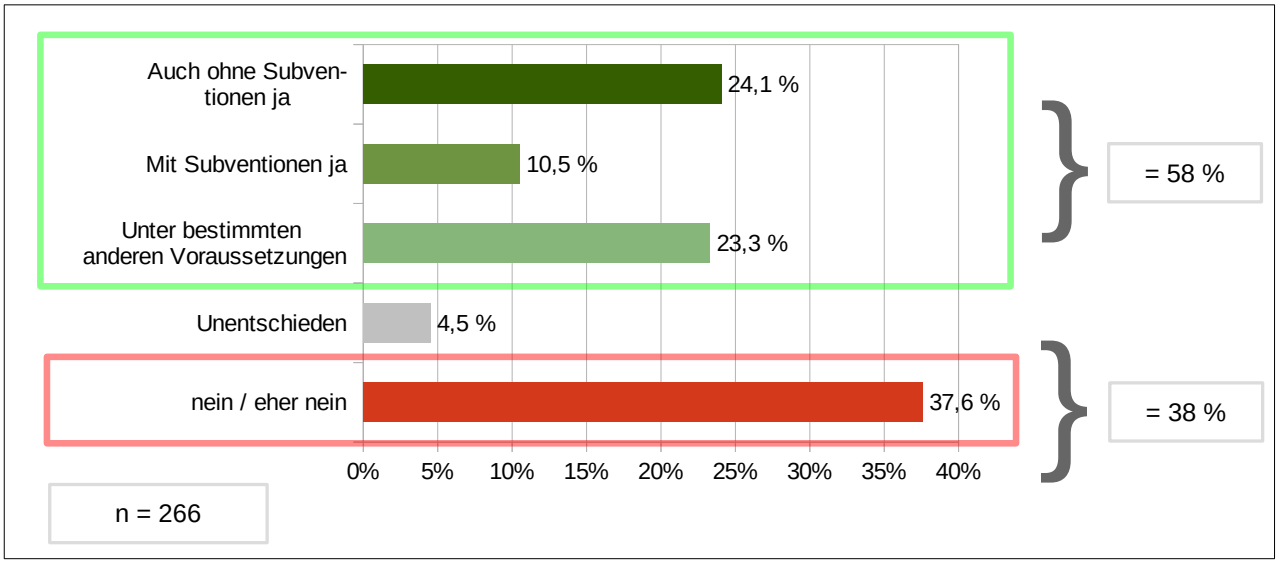

Abbildung 7: Akzeptanz für Homeoffice-Arbeitsmodelle für Eingewanderte

Ausgehend von diesen Ergebnissen aus der Befragung können verschiedene Berechnungen durchgeführt werden, um das Potential derartiger Arbeitsplätze grob abschätzen zu können: Laut dem Branchenverband *Bitkom* e.V. waren beispielsweise im Jahr 2021 96.000 Stellen in Deutschland im IT-Bereich unbesetzt (Bitkom 2022a). Wenn entsprechend dem in dieser Befragung ermittelten Anteil von 24,6% (Arbeitspapier: Stark 2022b) theoretisch dafür zur Verfügung stehenden Arbeitsstellen im IT-Sektor ausgegangen würde, wären das bei einem Anteil von 78% der IT-Firmen, die dem beschriebenen Arbeitsmodell gegenüber positiv eingestellt sind, rechnerisch 18.420 Arbeitsstellen für das vorgeschlagene Arbeitsmodell in peripheren/strukturschwachen Räumen – nur aus dem Bereich **offener** IT-Stellen. Nimmt man die Gesamtzahl der Branchen-Arbeitsplätze von rund 1,29 Mio. (Bitkom 2022b), wären dies auf Grundlage des 24,6% Arbeitnehmer*innen-Anteils und 78% der positiv eingestellten IT-Firmen rechnerisch 247.525 Arbeitsplätze für Eingewanderte in Homeoffice-Arbeitsverhältnissen im IT-Bereich in peripheren Regionen.

Es ist zudem davon auszugehen, dass in allen Branchen auch jenseits der in der Befragung betrachteten Dienstleistungsbranchen Arbeitsplätze bestehen, die in „reinen“ Homeoffice-Modellen in dieser Form ausfüllbar sind. An dieser Stelle soll unterstrichen werden, dass etwa Dreiviertel aller Arbeitsplätze (74,5% von 45,2 Mio. Erwerbstätigen im Jahr 2019[20]) dem tertiären Sektor zuzurechnen sind, also dem Dienstleistungsbereich. Selbst wenn für das in der Befragung vorgeschlagene Modell nur 5% aller Dienstleistungsarbeitsstellen in Deutschland in Frage kämen, wären das rechnerisch 1,68 Mio. Jobs.
Insgesamt zeigen die Ergebnisse der Befragung, dass zumindest für einen großen Teil der Branchen im Dienstleistungsbereich für jeweils einen gewissen Anteil der Arbeitgeber*innen das vorgeschlagene Arbeitsmodell in Frage kommt. Für eingewanderte Arbeitnehmer*innen in peripheren Regionen Deutschlands bestehen somit unter verschiedenen Voraussetzungen wie Sprachfähigkeiten und einer passenden Qualifikation Arbeitsmöglichkeiten in reinen Homeoffice-Jobmodellen. Dies ist besonders relevant, da die genannten Zielregionen meist unter einem Mangel an (qualifizierten) Arbeitsplätzen leiden. Jenseits von einfachen Dienstleistungsjobs (etwa im Handel, z.T. im Tourismus oder in der Landwirtschaft) bestehen vor Ort häufig wenig Perspektiven, es sei denn, die Arbeitnehmer*innen pendeln.[21] Allerdings gibt es in Deutschland eine Reihe von peripheren Regionen, die zum Pendeln zu weit von den Ballungszentren entfernt liegen und damit hierfür unattraktiv sind.
Weitere Ansätze, mit denen die wirtschaftliche Entwicklung gestärkt und der „Strukturschwäche“ in den Zielregionen entgegengewirkt werden kann, ist das Kopieren von Blaupausen ökonomischer Konzepte aus erfolgreichen Regionen. Ein Stichwort ist hier z.B. das von ökonomischen „Clustern“. Dabei können solche Konzepte, etwa auch von Regionalen Innovationssystemen nicht einfach auf strukturschwache, periphere Regionen übertragen werden (vgl. Abe 2004 S. 276ff).
Als Gegenmodell zu neoklassisch geprägten volkswirtschaftlichen Konzepten ist vor allen Dingen die Rechtsform der Genossenschaft (eG) hervorzuheben; eine im ländlichen Raum häufig gewählte Unternehmensform, die auch in Städten verbreitet ist, wenn es um den Bereich des Wohnens geht oder allgemein der Energieproduktion. Genossenschaften sind häufig regional verankerte ökonomische Strukturen, die sich in lokale (Wirtschafts-)Strukturen besonders gut einfügen. Zielführend erscheint es, sich flankierend zu dezentralen Einwanderungspolitiken stärker auf solche Wirtschaftsmodelle zu konzentrieren, anstatt sich aus dem Werkzeugkasten des Mainstreams kapitalistischer Konzepte zu bedienen. Zu solchen Konzepten würde der Autor Versuche ansehen, industrielle Großansiedlungen von staatlicher Seite der Peripherie zu fördern, meist begleitet von hohen Subventionen. Aus Sicht des Autors bleiben solche Konzepte regional wenig angepasst, nur punktuell wirk-

20 bpb 2020a.

21 Aber auch das Pendeln bringt neben der Umweltbelastung insbesondere für Menschen mit Familien auch erhebliche zeitliche Belastungen mit sich.

sam und bergen große Risiken eines plötzlichen Kapitalabzugs.[22] Alternative Konzepte können eine „Sozialrendite“ mit sich bringen, also positive externe Effekte, die über die Zurverfügungstellung einer Dienstleistung oder (günstigen) Wohnraums hinausgehen (vgl. Lenk et al. 2010). Die Verknüpfung von Zivilgesellschaft mit ökonomischen Aktivitäten kann in Form von Genossenschaften idealtypisch erfolgen. Auch in gemeinnützigen ökonomischen Strukturen, die beispielsweise nicht gewinnorientiert funktionieren und daher in höherem Maße auch in Regionen funktionieren können, die besonders strukturschwach sind. Als demokratische Organisationen bieten Genossenschaften darüber hinaus viele Potentiale für das kooperative gemeinsame Wirtschaften, was für die Integration von Eingewanderten in die lokalen Gesellschaften vorteilhaft ist. Im Zuge einer staatlich geförderten dezentralen Einwanderungspolitik könnte die Gründung von Genossenschaften gezielt gefördert werden – über konkrete Hilfestellungen bei der Gründung und/oder finanzielle Starthilfen.

12. Raumplanung, Dezentralität und Standortfaktoren

Für eine dezentral ausgerichtete Einwanderungspolitik sind besondere Maßnahmen im Bereich der Stadt- und Raumplanung bzw. der Raumordnung insgesamt notwendig sowie im Bereich der sozialen Infrastruktur und der Immobilienwirtschaft. Konkret sind solche Themen von Bedeutung, wenn es etwa um abweichende Wohnbedürfnisse von Eingewanderten geht (vgl. Grau et al. 1997) oder abweichende kulturelle Prägungen in Bezug auf das gesellschaftliche Stadtleben außerhalb der Wohnung bestehen (vgl. Herslund/Paulgaard 2021).

Auch der Rückzug von staatlichen Aktivitäten aus peripheren Regionen, vor allem im Zuge von Privatisierungen, wird im Sinne einer dezentralen Einwanderungspolitik als nicht zielführend angesehen (vgl. Frideres 2006 S. 6ff für Kanada). Eine solche neoliberale und wettbewerbsorientierte Schwerpunktsetzung, die räumliche Ungleichgewichte weiter vertieft, findet sich allerdings in Publikationen deutscher Behörden zur Raumplanung wieder (vgl. BMEL 2017 S. 10ff; BBSR 2021). Die bundesdeutsche Raumplanungspolitik weist in den vergangenen Jahren zunehmend in Richtung eines Rückzugs von staatlichen Aktivitäten und eines Rückbaus von staatlichen Diensten und Versorgungseinrichtungen in ländlichen Räumen (vgl. Eberhardt 2019) bei gleichzeitigen Bestrebungen, stärker auf Privatisierungen bzw. auf „Marktkräfte“ zu setzen (Stark 2024 S. 82ff). Die sich in dieser Weise verändernden Raumplanungsparadigmen der letzten Jahre wurden auch etwa von *Weiland/Wohlleber-Feller* (vgl. 2007) beschrieben. Zusammenfassend stellen *Dudek et al.* zum Thema fest, es gelte „[…] den Gegensatz zwischen Wachstumsprimat und dem Leitprinzip gleichwertiger Lebensverhältnisse faktisch anzuerkennen“ (Dudek et al. 2018 S. 22). Es sei nicht möglich, gleichwertige Lebensverhältnisse mit Mitteln des Wettbewerbs herzustellen (vgl. ebd.).

22 Siehe Nokia in Bochum bis 2008, Intel in Magdeburg 2024 oder Tesla in Grünheide seit 2022 – mit unsicherer Zukunft.

Rogge beschreibt in diesem Zusammenhang den großen Unterschied zwischen dem raumplanerischen Zustand heute und einer flächendeckend vorhandenen öffentlichen Infrastruktur zu DDR-Zeiten auch in ländlichen Ortschaften (vgl. Rogge 2010). Er zeigt damit auf, dass eine Vollversorgung mit staatlicher bzw. sozialer Infrastruktur auch in peripheren Regionen möglich ist, sofern dies politisch gewollt ist.

Ganz allgemein entscheiden neben harten Faktoren wie vorhandenen Arbeitsplätzen auch weiche Standortfaktoren mit über die Attraktivität möglicher Wohnorte. Die Bedeutung solcher weichen Faktoren wird dabei vielfach hervorgehoben (z.B. vgl. Polèse 2020; Florida 2008; Derwin/Krahn 2008). Zu ihnen zählen etwa gesellschaftliche Toleranz und ethnische Vielfalt an diesen Zielorten. Aber es werden auch Faktoren wie klimatische Bedingungen (vgl. Fonseca 2008 S. 528; Herslund/Paulgaard 2021 S. 6ff) oder die räumliche Nähe zu Großstädten und eine Anbindung an Familien bzw. ethnische transnationale Netzwerke für dezentral ausgerichtete Einwanderungspolitiken als relevant hervorgehoben (vgl. Nolin et al. 2009 S. 14ff). Die genannten Standortfaktoren sind entsprechend im Rahmen der Indikatoren für das vorgeschlagene Matchingsystem einbezogen worden (siehe Kapitel 7-8). Auch wurden von den befragten Eingewanderten im Rahmen der Dissertation Faktoren wie vorhandene Freizeiteinrichtungen angegeben, Urbanität oder die Nähe zu (bestimmten) Großstädten (Stark 2024 S. 416), etwa aus familiären und/oder sozialen Gründen.

13. Abschließende Bemerkungen und Perspektiven

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass eine in Teilen dezentral ausgerichtete Einwanderungspolitik in Deutschland zur Stabilisierung schrumpfender Regionen voraussichtlich beitragen kann. Vor allem gilt dies, wenn sie durch Anreizinstrumente und ein mehrstufiges Matchingsystem mit dezentraler Zielrichtung ergänzt wird. Ein solches System sollte mit nachvollziehbaren Indikatoren arbeiten und individuelle Präferenzen für die Verbesserung der Bleibeperspektiven von Eingewanderten in peripheren Regionen berücksichtigen.
Unter den Befragten aus schrumpfenden Zielregionen (im Rahmen der genannten Dissertation) wurde eine Zustimmung für eine potentielle Ansiedlungsförderung von Eingewanderten vor Ort von 61% ermittelt – unter Angabe verschiedener Prämissen. Die Akzeptanz für eine Ansiedlungsförderung durch die diskutierten Anreize wie Steuererleichterungen oder Zuschüsse für Leerstandsanierungen lag unter den befragten Eingewanderten zudem bei 52-71%. Ebenfalls wurden Perspektiven für Eingewanderte überprüft, in den Zielregionen in Homeoffice-Jobs zu arbeiten: Mit 58% positiven Haltungen gegenüber der Übernahme eines solchen Modells für einen Teil der eigenen Belegschaft unter vorwiegend kleinen und mittelständischen Arbeitgeber*innen aus dem Dienstleistungssektor.

Der demographische Wandel und der Rückzug von Siedlungs- und Wirtschaftsaktivitäten aus der Fläche vieler peripherer Räume in Deutschland stellt eine der großen Herausforderungen und zu lösenden Zukunftsaufgaben des Landes dar. Langfristig bestehen, wie erwähnt, keine skalierbaren Möglichkeiten für die Umkehrung der demographischen Schrumpfung in diesen Regionen jenseits von verstärkter Immigration aus dem Ausland. Als einzige Alternative bliebe zukünftig die Aufgabe ganzer Landstriche, was politisch und gesellschaftlich meist nicht gewollt ist. Durch einen Bevölkerungszuzug von außen kann die Schrumpfung in den genannten Regionen verlangsamt oder umgekehrt werden. Hierin liegen, wie verschiedene Beispiele an der gesellschaftlichen Basis in Europa zeigen, neue Chancen für ein stärker polyzentrisches Städtesystem, die Stadterneuerung und den Erhalt von (sozialer) Infrastruktur sowie von Versorgungseinrichtungen in weniger Zentralen Orten. Auch könnten durch eine solche Politik in Kombination mit einem Matchingsystem demographische Ungleichgewichte ausgeglichen werden, indem zur Erreichung einer ausgewogeneren Altersstruktur oder eines Geschlechtergleichgewichts gematcht wird.
Bei allen Chancen bestehen aber auch deutliche Hürden für eine mögliche solche Politik, die also einer „Willkommenskultur“ entgegenstehen. Die hier diskutierten Ansätze können Deutschland als Einwanderungsland hingegen deutlich attraktiver machen, vor allem in Hinblick auf die langfristige Lebenszufriedenheit von Zugewanderten, aber auch der Bevölkerung in schrumpfenden Regionen. Die Perspektiven für eine Umsetzung dieser Ansätze hängen zu einem wesentlichen Teil vom Mut und der Entschlusskraft auf der Bundesebene ab, die strukturellen Probleme auf eine solche Art und Weise anzugehen. Mit steigendem Druck, aufgrund des weiter voranschreitenden demographischen Wandels handeln zu müssen, dürften die Umsetzungsperspektiven einer tragfähigen dezentralen Einwanderungspolitik mit der Zeit zunehmend wahrscheinlicher werden. Aus den vielfältigen Ansätzen und der guten Praxis in verschiedenen Regionen müssten für Deutschland mehrere Programme mit dezentraler Schwerpunktsetzung in der Einwanderungspolitik etabliert werden, analog etwa zum Einwanderungssystem in Kanada. Diese Programme könnten dann entweder an Eingewanderte direkt gerichtet sein oder an Gebietskörperschaften, die ihrerseits mit Unterstützung von der nationalstaatlichen Ebene Voraussetzungen für eine verstärkte Zuwanderung schaffen können.

Positiv zu bewerten ist, dass seit 2015 eine Vielzahl von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen ähnliche Überlegungen (zumindest für Geflüchtete) angestellt haben wie in diesem Artikel geschehen und in der ihm zugrundeliegenden Dissertation. Bis heute sind diese Ansätze jedoch nicht umgesetzt worden, jedenfalls nicht über eine bundesweite Politik in Form von groß angelegten Förderprogrammen, geschweige denn einem Masterplan, zentralen Modellprojekten oder Matching- und Anreizsystemen.
Das in Kapitel 7 vorgeschlagene Matchingsystem wäre dabei aus drei Gründen besonders passend für eine solche Politik. Erstens kann es einen Beitrag für eine räumlich ausgewogene Entwicklung in allen Teilen der Bundesrepublik darstellen. Zweitens fügt sich ein

freiwilliges System für die geographische Verteilung besser in die freizügige demokratische Gesellschaft ein als bestehende bevormundende Systeme der dezentralen Verteilung (von Geflüchteten). Schließlich bietet ein solches relativ soziales System durch die Berücksichtigung von Geflüchteten, anderen Eingewanderten und in Deutschland geborenen Menschen – verglichen mit etwa der kanadischen Einwanderungspolitik – eine bessere gesellschaftliche Einbettung. Damit ist gemeint, dass dadurch zahlreiche Möglichkeiten für zivilgesellschaftliche Kooperation für eine solidarische Gesellschaft entstehen können – auch über ethnische Grenzen hinweg. Dies gilt insbesondere, wenn in diesem Zuge kooperative Formen des gemeinsamen Wirtschaftens und Wohnens gefördert werden, beispielsweise in Form von Genossenschaften.

Für eine erfolgreiche dezentrale Einwanderungspolitik in Deutschland ist insgesamt ein Hochskalieren der guten Praxis notwendig, etwa im Rahmen von Modellprojekten, auch mit Hilfe eines notwendigen institutionellen Rahmens. Das Fundament für eine solche Politik muss sein, um es mit den Worten von Irene *Ponzo* (2020) zu sagen, aus den „ländliche[n] Inseln der sozialen Innovation“ in Europa eine großmaßstäbige Politik zu machen. Damit können die notwendigen strukturellen Veränderungen für flächendeckend entstehende Willkommensräume erreicht werden. In diesem Punkt kann die Einwanderungspolitik Deutschlands Teilpolitiken aus anderen Ländern übernehmen. Wichtig hervorzuheben dabei ist, dass sich eine solche Politik nicht auf die Verwaltung des Ist-Zustands beschränken darf, sondern mutig in Richtung einer Überwindung der Probleme strukturschwacher Regionen durch eine Lenkung von Zuwanderung, Anreizsysteme und Subventionen arbeiten muss.

Am Ende stellt sich bei allen potentiellen Fördermaßnahmen wie Anreizsystemen und Subventionen für Infrastruktur die wesentliche Frage, wie viel es der Gesellschaft insgesamt wert ist, eine dezentraler ausgerichtete Raumplanungs- und Einwanderungspolitik zu gestalten, im Zuge derer auch kleine, peripher gelegene Klein- und Mittelstädte sowie Dörfer zukunftsfähig gemacht werden. Dabei können sich die Vorteile eines solchen Vorgehens auch finanziell auszahlen, wenn Infrastruktur in diesen Orten erhalten bleibt und die stark wachsenden Ballungsräume und Großstädte entlastet werden.

Abbildung 8: Collage (eigene Darstellung)

14. Literaturangaben

ALR – Akademie für die ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V. (Hrsg.): „Neue Nachbarn – Zusammenleben im ländlichen Raum“. (Expertise im Dialogverfahren zu den Chancen und Handlungsansätzen für eine erfolgreiche Integration von Neueingewanderten in den Ländlichen Räumen Schleswig-Holsteins). Kiel 2017.

Aumüller, J. / Gesemann, F.: „Flüchtlinge aufs Land? Migration und Integration im ländlichen Raum“. (Aus: Politik und Zeitgeschichte 2016 / Online: https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/236835/fluechtlinge-aufs-land / vom: 11.11.2016 / Zugriff: 07.02.2022). 2016.

Bacci, L. M.: „Does Europe need mass Immigration?“. (Aus: Journal of Economic Geography. 2017 / Doi:10.1093/jeg/lbx029). 2017.

BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.): „Raumordnungsbericht 2021: Wettbewerbsfähigkeit stärken“ (ISBN: 978-3-87994-520-7. Bonn 2021.

Beheim-Schwarzbach, M.: „Das Potsdamer Edikt (1685)“. (Aus: Hohenzollernsche Colonisationen / online: https://www.literaturport.de/literaturlandschaft/orte-berlinbrandenburg/text/das-potsdamer-edikt-1685 / Zugriff: 03.05.2023). 1874.

Bendel, P. / Schammann, H. / Heimann, C. / Stürner, J. (Heinrich-Böll-Stiftung): „Policy Paper – Der Weg über die Kommunen – Empfehlungen für eine neue Schlüsselrolle der Kommunen in der Flüchtlings- und Asylpolitik der EU“. Berlin 2019.

Berlin Governance Platform: „Manifesto – Relaunching Europe Bottom-Up“. (Online: https://www.governance-platform.org/wp-content/uploads/2023/02/HVGP_Manifesto_20170818.pdf / Zugriff: 11.11.2023), Berlin 2017.

Berlin-Institut – für Bevölkerung und Entwicklung / neuland21 (beide Hrsg.): „Urbane Dörfer – Wie digitales Arbeiten Städter aufs Land bringen kann“. Berlin 2019.

Berlin-Institut – für Bevölkerung und Entwicklung / Wüstenrot Stiftung (Hrsg.): „TEILHABEATLAS DEUTSCHLAND – Ungleichwertige Lebensverhältnisse und wie die Menschen sie wahrnehmen“. Berlin 2019.

BiB – Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung: „Steigende Mieten in den Städten verstärken die Stadt-Land Wanderung“. (Pressemitteilung vom 02.12.2020). Wiesbaden 2020.

Bernard, A.: „Immigrants in the hinterlands“. (Aus: Perspectives / Statistics Canada / Catalogue no. 75-001-X). 2008.

Bitkom e. V.: „IT-Fachkräftelücke wird größer: 96.000 offene Jobs“. (Pressemeldung / online: www.bitkom.org/Presse/Presseinformation/IT-Fachkraefteluecke-wird-groesser / Zugriff: 08.07.22). Berlin 2022a.

Bitkom e.V.: „Bitkom-Branche wächst stabil und schafft fast 40.000 neue Jobs“. (Pressemeldung / online: www.bitkom.org/Presse/Presseinformation/Bitkom-Branche-waechst-stabil-und-schafft-neue-Jobs / Zugriff: 08.07.22). 2022b.

BMAS – Bundesministerium für Arbeit und Soziales: „Kabinett beschließt neues Fachkräfteeinwanderungsgesetz. Bundesregierung schafft neue Wege der Erwerbsmigration“. (Pressemitteilung vom 29.03.2023 / Online https://www.bmas.de/DE/Service/Presse/Pressemitteilungen/2023/kabinett-beschliesst-neues-fachkraefteeinwanderungsgesetz.html / Zugriff: 05.05.2023). 2023.

BMEL – Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (Hrsg.): „Digitale Perspektiven für das Land“. (Informationsbroschüre). Berlin 2017b.

BMG – Bundesministerium für Gesundheit: „Pflegekräfte aus dem Ausland: Neue Agentur kümmert sich um Visa und Arbeitserlaubnis“. (Pressemitteilung vom 02.12.2019 / Online: https://www.bundesgesundheitsministerium.de/presse/pressemitteilungen/2019/4-quartal/pflegekraefte-ausland-defa.html / Zugriff: 15.06.2021). 2019.

Bodvarsson, Ö. B. / Van den Berg, H.: „The Economics of Immigration – Theory and Policy“. Berlin/Heidelberg 2009.

Bolte, C. / Kirchhoff, G.: „Migration und Integration im ländlichen Raum“. (Online: https://www.schader-stiftung.de/themen/demographie-und-strukturwandel/fokus/laendlicher-raum/artikel/migration-und-integration-im-laendlichen-raum / vom 24.02.2015 / Zugriff: 21.10.2019). 2015.

bpb – Bundeszentrale für Politische Bildung: „Erwerbstätige nach Wirtschaftssektoren“. (Online: www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61698/erwerbstaetige-nach-wirtschaftssektoren / vom 28.11.2020 / Zugriff: 11.07.22). 2020a.

bpb – Bundeszentrale für Politische Bildung: „Wie verändert sich die Bevölkerung in Deutschland von 2018 bis 2060? Ergebnisse der 14. Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes (Destatis)“. (Online: https://www.bpb.de/gesellschaft/bildung/zukunft-bildung/253795/altersaufbau-der-bevoelkerung-bis-2060 / Zugriff: 23.03.2021). Bonn 2020b.

Braun, R. / Simons, H.: „Familien aufs Land – Teil 2“. (Aus: empirica paper Nr. 230, Version 3). Berlin 2015.

Cervantes, M. / Guellec, D.: „The brain drain: Old myths, new realities“. (Aus: OECD Observer (Januar 2002) Nr. 230). 2002.

CIC – Citizenship and Immigration Canada: „Rural Areas and Small Cities Across Canada Eager to Attract More Newcomers“. (Aus CIC News / vom 05.10.2016 / Online: https://www.cicnews.com/2016/10/rural-areas-and-small-cities-across-canada-eager-to-attract-more-newcomers-108558.html / Zugriff: 29.11.2021). 2016.

CIC – Citizenship and Immigration Canada: „Towards a More Balanced Geographic Distribution of Immigrants“. (Online: https://web.archive.org/web/20200216222444/http://publications.gc.ca/collections/Collection/Ci51-109-2002E.pdf / Zugriff: 13.12.2021). Ottawa/Ontario 2001.

Decker, O. (Hrsg.) / Brähler, E. (Hrsg.) / Baier, D. / Bergmann M. C. / Handke, B. / Kiess, J. / Kliem, S. / Korsch, F. / Kranz, D. / Krieg, Y. / Kudlacek, D. / Pickel, G. / Poensgen, D. / Schuler, J. / Steinitz, B. / Yendell, A.: „Flucht ins Autoritäre – Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft / Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018“. Gießen 2018.

Decker, O. / Kiess, J. / Heller, A. / Brähler, E. (Hrsg.): „Autoritarismus im sozioökonomischen Kontext: Eine Mehrebenenanalyse zur regionalen Verteilung autoritärer Einstellungen in Deutschland“. (Aus: „Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten – Neue Herausforderungen – alte Reaktionen?“. Leipziger Autoritarismus Studie 2022). Gießen 2022.

Del Castillo Peralta, C.: „The potential of the 'Welcoming Spaces' concept for revitalising shrinking regions“. (Masterarbeit). Nijmegen 2020.

Derwing, T. M. / Krahn, H.: „Attracting and retaining immigrants outside the metropolis: is the pie too small for everyone to have a piece? The case of Edmonton, Alberta“. (Aus: Journal of International Migration and Integration (2008) 9). 2008.

Destatis – Statistisches Bundesamt: „Migration.Integration.Regionen – Gemeinsames Datenangebot von Destatis, BA und BAMF: Ausländeranteil in % Stichtag 31.12.2020“. Online-Karte / https://service.destatis.de/DE/karten/migration_integration_regionen.html / Zugriff: 03.012.2021). 2020.

Deutscher Bundestag: „Brain Drain, Wirkungen des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes in den Herkunftsländern und Fachkräftemigration aus Deutschland“. (Wissenschaftliche Dienste / WD 6 - 3000 – 132/19). Berlin 2019.

Dudek, S. / Hefner, C. / Kallert, A.: „Warum immer Wachstum? Von politischer Peripherisierung zu Gleichwertigkeit der Vielfalt“. (Aus: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.): „Mal über Tabuthemen reden. Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen, Mindeststandards, Wüstungen [...] / BBSR-Online-Publikation 02/2018). Bonn 2018.

Eberhardt, W.: „Fördermöglichkeiten zur Sicherung der Nahversorgung in ländlichen Räumen“. (Thünen Working Paper 128). Braunschweig 2019.

Edmonston, B. / Lee, S. M.:„Interprovincial Migration of Canadian Immigrants“. (Aus: Paper für die Präsentation auf der Veranstaltung „27th „International Population of the International Union for the Scientific Study of Population, Busan, Republic of Korea, 26 to 31 August 2013“ / Online: https://iussp.org/sites/default/files/event_call_for_papers/INTERPROVINCIAL%20MIGRATION%20OF%20CANADIAN%20IMMIGRANTS.pdf / Zugriff: 28.03.2020). 2013.

empirica ag (Hrsg.): „Verteilung der Flüchtlinge in Deutschland – Vorschlag für eine nachhaltige regionale Verteilung“. (Endbericht / Projektnr.: 2015125). Berlin 2016.

EU – European Union: „Horizon 2020: Investing in 'Welcoming Spaces' in Europe: revitalizing shrinking areas by hosting non-EU migrants“. (Online: https://cordis.europa.eu/project/id/870952/de / Zugriff: 28.10.2020). 2020.

Florida, R: „Who's your city?“. New York 2008.

Flüchtlingsrat Mecklenburg-Vorpommern e.V.: „Integrationsgesetz: Wohnsitzauflagen und Verschlechterungen beim Aufenthaltsrecht“. [Brief an den Ministerpräsidenten des Bundeslands]. Schwerin 2016.

Fick, J. / Glorius, B. / Kordel, S. / Mehl, P. / Schammann, H.: „Integration von Geflüchteten: Herausforderungen und Potenziale für ländliche Räume“. (Aus: Fick, J. / Glorius, B. / Kordel, S. / Mehl, P. / Schammann, H. (alle Hrsg.): „Integration von Geflüchteten: Herausforderungen und Potenziale für ländliche Räume“. 2023.

Fink, P. / Tiemann, H.: „DEN TEUFELSKREIS DURCHBRECHEN – Neue Strukturpolitik als eine Antwort auf wachsende Disparitäten“. (Aus: WISO DIREKT 21/ 2017 / Publikation der Friedrich-Ebert-Stiftung). Berlin 2017.

Fisch, A.: „Ausgrenzung und Leitkultur: Zur integrativen Funktion von 'Parallelgesellschaften'“. (Aus: Ethik und Gesellschaft 1/2007: „Prekariat“). 2007.

Franke, S. (Hrsg.): „Fachkräftesicherung im ländlichen Raum“. (Aus: AMZ – Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen 101 / Hanns Seidel Stiftung). München 2015.

Fonseca, M. L.: „New Waves of Immigration to Small Towns and Rural Areas in Portugal“. (Aus: Popul. Space Place 14 / Doi: 10.1002/psp.514). 2008.

Frei, X. / Kluge, J.: „Die Wohnsitzauflage als kostspielige Integrationsbremse für Flüchtlinge“. (Aus: ifo Dresden berichtet Dresden 2016). 2016.

Frideres, J. S.: „Cities and Immigrant Integration: The Future of Second- and Third-Tier Centres“. (Aus: Our Diverse Cities 2 (Summer)). 2006.

Fuchs, M. / Rauscher, C. / Weyh, A.: „Lohnhöhe und Lohnwachstum – Die regionalen Unterschiede in Deutschland sind groß“. (Aus: IAB Kurzbericht 17/2014 / Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung). 2014.

Galera, G. / Giannetto, L. / Membretti, A. / Noya, A.: „Integration of Migrants, Refugees and Asylum Seekkers in Remote Areas with Declining Populations“. (Aus: OECD Local Economic and Employment Development (LEED) Working Papers 2018/03 / https://doi.org/10.1787/20794797). 2018.

Gamalerio, M. / Luca, M. / Romarri, A. / Viskanic, M.: „Refugee reception, extreme-right voting, and compositional amenities: evidence from Italian municipalities“. (Aus: Regional Science and Urban Economics Volume 100, May 2023, 103892). 2023.

Gesemann, F. / Roth, R.: „Erfolgsfaktoren der kommunalen Integration von Geflüchteten“. (Publikation: Friedrich-Ebert-Stiftung / Forum Berlin (beide Hrsg.)) / ISBN: 978-3-95861-835-0). Berlin 2017.

Gesemann, F. / Roth, R.: „Kommunale Flüchtlings- und Integrationspolitik Ergebnisse einer Umfrage in Städten, Landkreisen und Gemeinden“. (Publikation des Instituts für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration (DESI)). Berlin 2016.

Glorius, B. / Bürer, M. / Gasch, S. / Schneider, H.: „Die andere Seite von Integration: Zur Rolle der Aufnahmegesellschaft“. (Aus: Mehl, P. / Fick, J. / Glorius, B. / Kordel, S. / Schammann, H. (Hrsg.): „Geflüchtete in ländlichen Regionen Deutschlands“). Wiesbaden 2023.

Grau, I. / Hanak, I. / Stacher, I.: „The marriage rite is never completed – Die Entwicklung in Afrika südlich der Sahara“. (Aus: Mitterauer, M. / Ortmayr N. (Hrsg.): „Familie im 20. Jahrhundert, Beiträge zur historischen Sozialkunde, Brandes und Apsel“). 1997.

Hamm, R.: „Binnenwanderung – ein erfolgreiches Instrument der Regionalentwicklung?“. (Aus: Siegert, A. (Hrsg.): „Demografischer Wandel und die Entwicklung ländlicher Räume – Eine Zusammenfassung und Erweiterung der Schriftenreihe „anKommen – willKommen“ – Forschungsberichte aus dem zsh 19-02“). Halle (Saale) 2019.

Harjes, C.: „Opportunities and Challenges for Refugees in Rural Europe“. (Online: https://borgenproject.org/refugees-in-rural-europe / vom: 10.05.2021 / Zugriff: 12.09.2021). 2021.

Haugen, S.: „We Feel Like We’re Home“: The Resettlement and Integration of Syrian Refugees in Smaller and Rural Canadian Communities“. (Aus: „Refuge – Canada's Journal on Refugees 35(2) / https://doi.org/10.7202/1064819ar). 2019.

Herslund, L. / Paulgaard, G.: „Refugees’ Encounters With Nordic Rural Areas–Darkness, Wind and 'Hygge'!“. (Aus: Frontiers in Sociology – March 2021 | Volume 6 | Article 623686). 2021.

Hill, M. / Yildiz, E.: „Von der migrantischen Ökonomie zur Stadtentwicklung“. (Aus: Genkova, P. / Riecken, A. (Hrsg.): „Handbuch Migration und Erfolg. Psychologische und sozialwissenschaftliche Aspekte“ / https://doi.org/10.1007/978-3-658-18236-6). Wiesbaden 2020.

Huber, T.: „Flüchtlinge Regional verteilen“. (Aus: Franke, S. / Magel, H. (Hrsg.) / Hanns-Seidel-Stiftung e.V.: „Flüchtlinge aufs Land?“). München 2016.

Hyndman, J. / Schuurman, N. / Fiedler, R.: „Size Matters: Attracting New Immigrants to Canadian Cities“. (Aus: JIMI/RIMI Vol. 7 No. (Winter/hiver 2006). 2006.

IW – Institut der Deutschen Wirtschaft (Hrsg.): „Flüchtlinge regional besser verteilen – Ausgangslage und Ansatzpunkte für einen neuen Verteilungsmechanismus“. (Gutachten für die Robert-Bosch-Stiftung). Köln 2016.

Jones, W. / Teytelboym, A.: „The Local Refugee Match: Aligning Refugees’ Preferences with the Capacities and Priorities of Localities“. (Aus: Journal of Refugee Studies Vol. 31, No. 2). 2017.

Kapphan, A.: „Der Mythos von Ghettos und was für die Zuwandererstadtteile getan werden muss“. (Online: https://heimatkunde.boell.de/de/2007/05/01/der-mythos-von-ghettos-und-was-fuer-die-zuwandererstadtteile-getan-werden-muss / vom: 01.05.2007 / Zugriff: 31.10.2020). 2007.

Kelley, N. / Trebilcock, M.: „The Making of the Mosaic – A History of Canadian Immigration Policy“. Toronto/Buffalo/London 1998.

Ketzmerick, T.: „Einwanderung und Arbeitsmarkt in Sachsen-Anhalt.“ („Ein Bericht im Projekt anKommen-willKommen Menschen gewinnen – Migration ermöglichen –demografischen Wandel in Sachsen-Anhalt gestalten: Kommunaler Dialog und Zuwanderung internationaler Fachkräfte als Lösungswege“). Halle (Saale) 2015.

Kleiner, T.-M. / Klärner, A.: „Bürgerschaftliches Engagement in ländlichen Räumen: Politische Hoffnungen, empirische Befunde und Forschungsbedarf“. (Thünen Working Paper 129). Braunschweig 2019.

Kluwer, W.: „Experten fordern Reform des Königsteiner Schlüssels und neue Kriterien für die Finanzierung von Flüchtlingsleistungen“. (Aus: Zeitschrift Informationsbrief Ausländerrecht Band 38 Heft 5). 2016.

Kohlmeier M. / Schimany, P. (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) (Hrsg.): „Der Einfluss von Zuwanderung auf die deutsche Gesellschaft – Deutscher Beitrag zur Pilotforschungsstudie „The Impact of Immigration on Europe’s Societies“ im Rahmen des Europäischen Migrationsnetzwerks“. (Forschungsbericht 1). Nürnberg 2005.

Kordel, S. / Weidinger, T. / Spenger, D.: „Sichtweise Geflüchteter auf das Leben in ländlichen Regionen“. (Aus: Mehl, P. / Fick, J. / Glorius, B. / Kordel, S. / Schammann, H. (Hrsg.): „Geflüchtete in ländlichen Regionen Deutschlands“). Wiesbaden 2023.

Krahn, H. / Derwing, T. M. / Abu-Laban, B.: „The Retention of Newcomers in Second- and Third- Tier Canadian Cities“. (Aus: IMR Vol. 39 Nr. 4 Winter 2005). 2005.

Lenk, T. / Rottmann, O. / Hesse, M.: „Sozialrendite von Wohnungsgenossenschaften“. (Studie des Kompetenzzentrum Öffentliche Wirtschaft und Daseinsvorsorge / Universität Leipzig). Leipzig 2010.

McDonald-Wilmsen, B. / Gifford, S. M. / Webster, K. / Wiseman, J. / Casey, S.: „Resettling Refugees in Rural and Regional Australia: Learning from Recent Policy and Program Initiatives“. (Aus: The Australian Journal of Public Administration, vol. 68, no. 1 / Doi:10.1111/j.1467-8500.2008.00611.x). 2009.

Mehl, P.: „Zukunft für Geflüchtete in ländlichen Regionen Deutschlands“. (Präsentation / Online: https://gefluechtete-in-laendlichen-raeumen.de/fileadmin/gilr/pdfs/Dokumentation_Abschlusspraesentation.pdf / Zugriff: 01.03.2022). 2021.

MIDEM – Mercator Forum Migration und Demographie (Hrsg.): „MIGRATION UND EUROPA JAHRESBERICHT – MIDEM Jahresbericht 2019“. Dresden 2019.

Münch, S.: „Das ‚Mantra der Mischung‘: Die Problematisierung von ethnischer Segregation in Deutschland und den Niederlanden“. (Aus: Gans, P. (Hrsg.): „Räumliche Auswirkungen der internationalen Migration“ / Forschungsberichte der ARL 3). Hannover 2014.

Münkner, H. / Münkner, M.: „Die neuen Deutschen – Ein Land vor seiner Zukunft“. Berlin 2016.

Nadler, R. / Kriszan, M. / Nienaber, B. / Frys, W.: „Zuwanderung internationaler Migranten in schrumpfende ländliche Regionen: die Fallbeispiele Ostsachsen und Saarland“. (Aus: Europa Regional, 18.2010(2-3)). 2012.

Neumeier, S.: „Zukunft für Geflüchtete in ländlichen Regionen Deutschlands – Erreichbarkeit von Einrichtungen der Grundversorgung in den Untersuchungslandkreisen und deren kreiseigenen Gemeinden“. (Thünen Working Paper 122). Braunschweig 2019.

Niggemann, U.: „Hugenotten“. Köln/Weimar/Wien 2011.

Nolin, C. / McCallum, K. / Zehtab-Martin, A.: „Regionalization BC 2008: Regionalization and Rural Immigration in British Columbia“. (Metropolis British Columbia Centre of Excellence for Research on Immigration and Diversity Working Paper No. 09 – 06 August 2009). 2009.

Oberndörfer, D.: „Zuwanderung nach Deutschland – eine Bilanz“. (Aus: Rat für Migration: Politische Essays zu Migration und Integration 2/2007). 2007.

Ohliger, R. / Schweiger, R. / Veyhl, L.: „Auf dem Weg zur Flüchtlingsintegration in ländlichen Räumen – Ergebnisse einer Bedarfsanalyse in sieben Landkreisen“. (Publikation der Robert-Bosch-Stiftung). 2017.

Ott, V. / Leibert, T. / Rudek, E.: „Potentiale gesteuerter Zuwanderung für eine nachhaltige Landesentwicklung in Sachsen-Anhalt – Abwanderung vermeiden, Rückwanderung stärken, Integration fördern“. („Abschlussbericht zum Projekt „Zuwanderungspotenziale für eine nachhaltige Landesentwicklung in Sachsen-Anhalt“ des Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL)). 2019.

University of Oxford: „Using AI to improve refugee integration“. (Pressemitteilung/News / Online: https://www.ox.ac.uk/news/2018-10-02-using-ai-improve-refugee-integration / Zugriff: 22.09.2021). Oxford 2018.

Parusel, B.: „Schwedens Integrationspolitik“. (Bundeszentrale für Politische Bildung (bpb) / Online: https://bpb.de/themen/migration-integration/laenderprofile/57856/schwedens-integrationspolitik / vom 26.11.2015 / Zugriff: 07.06.2022). 2015.

Patuzzi, L. / Andriescu, M. / Pietropolli, A.: „Building Welcome from the Ground up – European small and rural communities engaging in refugee resettlement“. (Publikation des MIGRATION POLICY INSTITUTE EUROPE). Brüssel 2020.

Pätzold, R. / Reimann, B.: Positionspapier – „Integration in Bewegung bringen“ – Die Handlungsfähigkeit von Klein- und Mittelstädten stärken“. (Aus: Reimann, B. / Kirchhoff, G. / Pätzold, R. / Strauss, W.-C. (Hrsg.): „Vielfalt gestalten – Integration und Stadtentwicklung in Klein- und Mittelstädten“ / Edition Difu Stadt Forschung Praxis Band 17/2018). 2018.

Pérez, A.: „Volver al campo, una alternativa de futuro para jóvenes“. (Aus: El Norte de Castilla (Zeitung) vom 27.01.2016 / Online: https://www.elnortedecastilla.es/castillayleon/201601/27/volver-campo-alternativa-futuro-20160120111607.html / Zugriff: 09.04.2021 / maschinell übersetzt mit google translate). 2016.

Polèse, M.: „The Wealth and Poverty of Cities: Why Nations Matter“. Oxford 2020.

Pollermann, K.: „Refugees and Rural Development: Chances from Migration and Challenges of Integration“. (Conference Paper – Manuscript Version (Preprint): IAMO Forum 2016 / Rural Labor in Transition: Structural Change, Migration and Governance Halle/Saale, Germany (22.6.2016)). 2016.

Ponzo, I.: „How to Turn Rural Europe into a Welcoming Space for Migrants“. (Aus: IAI COMMENTARIES 20|89). 2020.

Rogge, C.: „Postsozialistischer Wandel ländlicher Siedlungen in Mecklenburg – Determinanten – Prozesse – Modelle“. (Aus: Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft in Hamburg Band 101). Hamburg 2010.

Saunders, D.: „Arrival City – How the Largest Migration in History is Reshaping Our World“. New York 2010.

Schader-Stiftung (Hrsg.): „Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen. Ergebnisse des Forschungs-Praxis-Projekts“. (Wissenschaftliche Bearbeitung: IRS – Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung Hanhörster, H. / Kuss, M. / Weck, S. / Zimmer-Hegmann, R. / Bürk, T. / Fischer, S. / Liebmann, H. sowie ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung: Bürk, T. / Fischer, S. / Liebmann, H.). Darmstadt 2011.

Schammann, H. / Kühn, B.: „Kommunale Flüchtlingspolitik in Deutschland“. (Publikation im Rahmen des Projekts „gute gesellschaft – soziale demokratie# 2017 plus“ / Friedrich-Ebert-Stiftung). Bonn 2016.

Schreiber, P.: „Industrielle Landwirtschaft – Warum die Beeren so billig sind“. (Aus: Tageszeitung / Online: https://taz.de/Industrielle-Landwirtschaft/!5442050 / vom: 10.09.2017 / Zugriff: 10.09.2022). 2017.

Schürt, A. / Waltersbacher, M.: „Leerstand für Bleibeberechtigte nutzen“. (Aus: Informationen zur Räumentwicklung, Heft 2/2017). 2017.

Siegert, A. / Ketzmerick, T.: „Kommunale Integrationspolitik in metropolfernen Räumen“. (Aus: Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit, 50 (2019) 4). 2019a.

Siegert, A. / Ketzmerick, T.: „Integration von Einwanderern in ländlichen Räumen“. (Aus: Siegert, A. (Hrsg.): „Demografischer Wandel und die Entwicklung ländlicher Räume – Eine Zusammenfassung und Erweiterung der Schriftenreihe „anKommen – willKommen“ – Forschungsberichte aus dem zsh 19-02“). Halle (Saale) 2019b.

Siegert, A.: „Kommunalpolitische Situationen und Möglichkeiten“. (Aus: Siegert, A. (Hrsg.): „Demografischer Wandel und die Entwicklung ländlicher Räume – Eine Zusammenfassung und Erweiterung der Schriftenreihe „anKommen – willKommen“ – Forschungsberichte aus dem zsh 19-02“). Halle (Saale) 2019.

Siegert, A.: „1. Das Beispiel Hettstedt“. (Aus: „'anKommen-willKommen' – Menschen gewinnen, Migration ermöglichen, demografischen Wandel in Sachsen-Anhalt gestalten – Handbuch Hintergrundinformationen […]“ / Forschungsberichte aus dem zsh 15-02). Halle (Saale) 2015.

SRLE – Sachverständigenrat Ländliche Entwicklung: „Wohnsitzauflagen für anerkannte Flüchtlinge: ein Baustein für gelingende Integration und eine Chance für ländliche Räume“. (Stellungnahme / Online: https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/_Ministerium/Beiraete/srle/Stellungnahme-SRLE-Wohnsitzauflage.pdf?__blob=publicationFile&v=3 / Zugriff: 25.05.0221). Berlin 2016.

Stark, Christopher: „Eine dezentral ausgerichtete Einwanderungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland als Beitrag zur Stabilisierung schrumpfender Regionen“ (Universität Hamburg 2024; Online: https://christopherstark.de/promotion-dissertation). Hamburg 2024.

Straubhaar, T.: „Zuwanderung: aus ökonomischen und demografischen Gründen wichtig für die Zukunft“. (Aus: Wirtschaftsdienst, 94(3), 184-191. 2014 / Doi: 10.1007/s10273-014-1652-3). 2014.

SVR – Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (Hrsg.): „Wie gelingt Integration? Asylsuchende über ihre Lebenslagen und Teilhabeperspektiven in Deutschland“. (Studie des SVR-Forschungsbereichs 2017-4). 2017.

Tardis, M.: „Another story from the 'refugee crisis' Resettlement in Small Towns and Rural Areas in France“. (Aus: Études de l’Ifri). Paris 2019.

Tautz, A. / Stielike, J. M. / Danielzyk, R.: „Gleichwertige Lebensverhältnisse neu denken – Perspektiven aus Wissenschaft und Praxis“. (Aus: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.): „Mal über Tabuthemen reden. Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen, Mindeststandards, Wüstungen […]“ / BBSR-Online-Publikation 02/2018). Bonn 2018.

Thimm, C. / Nehls, P.: „Digitale Methoden im Überblick“. (Aus: Baur, N. / Blasius, J. (Hrsg.): „Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung“ / https://doi.org/10.1007/978-3-658-21308-4_69). Wiesbaden 2019.

Veciana, S. / Urbain, H. / Schwab, A.-K.: „Leben in zukunftsfähigen Dörfern - Ökodörfer als Katalysatoren nachhaltiger Entwicklung“. (Aus: Umweltbundesamt (UBA) TEXTE 21/2020). Dessau-Roßlau 2020.

Walton-Roberts, M.: „Regional Immigration and Dispersal: Lessons from Small- and Medium-Sized Urban Centres in British Columbia“. (Aus: Canadian Ethnic Studies January 2005). 2005.

Weidinger, T. / Kordel, S.: „Was wir von Erfahrungen anderer Länder lernen können: Geflüchtete in ländlichen Räumen“. (Aus: ARGUMENTE UND MATERIALIEN ZUM ZEITGESCHEHEN 106 2016). 2016.

Weiland, U. / Wohlleber-Feller, S.: „Einführung in die Raum- und Umweltplanung“. Leipzig/Halle 2007.

Welcoming Spaces (EU-Project): „About Cepaim“ und „About“. (Online: https://www.welcomingspaces.eu / Zugriff 01.10.2021). 2021.

Wiese, L.: „Refugees welcome? – How Germany, Canada, and Australia respond to contemporary migration“. (Dissertation im Fachbereich Sozialwissenschaften). Konstanz 2019.

Wiginton, L. K.: „Canada's Decentralised Immigration Policy Through a Local Lens – How Small Communities are Attracting and Welcoming Immigrants“. (Rural Development Institute, Brandon University Research Paper). Montreal 2013.

Arbeitspapiere

Stark, C.: „[unveröffentlichte Mitschrift des Autors auf der Veranstaltung: 'Join our Welcoming Spaces Roundtable in Saalfeld (Germany) 22-23 September 2022']“. (Im Rahmen des EU-Projekts „WELCOMING SPACES“). Hamburg 2022a.

Stark, C.: „Auswertung Kurzbefragung – Arbeitsmodelle für Einwanderer im Homeoffice / in mobiler Arbeit'“. (Online verfügbar unter: https://www.christopherstark.de/promotion-dissertation und unter https://archive.org/details/auswertung-fragebogen-einwanderung-laendliche-raeume/Auswertung_Befragung_Einwanderer_Homeoffice/). Hamburg 2022b.

Stark, C.: „Transkripts der Gruppendiskussionen am 13.10.2020, 05.11.2020, 10.11.2020 und 23.11.2020“. (Online verfügbar unter: https://christopherstark.de/promotion-dissertation und unter https://archive.org/details/auswertung-fragebogen-einwanderung-laendliche-raeume/Gruppendiskussionen_Dissertation_Alle.pdf. Hamburg 2022c.

Stark, C.: „Diskussion zu Fragebogendesign und Ergebnissender Befragungen zum Thema räumlicher Dezentralität von Einwanderung in Deutschland“. (Online verfügbar unter: https://www.christopherstark.de/promotion-dissertation und unter: https://archive.org/details/auswertung-fragebogen-einwanderung-laendliche-raeume). Hamburg 2020a.

Stark, C.: [„Rohdaten aus den Fragebögen: Stark, C. 2019a und 2019b“]. Tabellenkalkulations-Datei: https://christopherstark.de/Dissert/Kodierung_Auswertung_Frageboegen.ods und unter: https://archive.org/download/auswertung-fragebogen-einwanderung-laendliche-raeume/Kodierung_Auswertung_Frageboegen.ods Hamburg 2020c.

Stark, C.: „Auswertung – Befragung 'Räumlich gelenkte Einwanderung'“. (Befragung von in Deutschland lebenden, im Ausland geborenen Menschen / online verfügbar unter: https://christopherstark.de/promotion-dissertation und unter: https://archive.org/details/auswertung-fragebogen-einwanderung-laendliche-raeume). Hamburg 2019a.

Stark, C.: „Auswertung: Befragung 'Entwicklung und gelenkte Einwanderung in ländlichen und abgelegenen Räumen'“. (Befragung von Menschen, die in peripheren und ländlichen Räumen in Deutschland leben / online verfügbar unter: https://christopherstark.de/promotion-dissertation und unter https://archive.org/details/auswertung-fragebogen-einwanderung-laendliche-raeume). Hamburg 2019b.

Collage

Collage: Eigene Darstellung, basierend auf eigenen Grafiken/Fotos. Zusätzliche Grafiken/Fotos ohne Lizenz/gemeinfrei/in der public domain: „Barbed Wire Fence Old“ von musci4life (Pixabay); „Cover of Theater Programme for Israel Zangwill's play 'The Melting Pot'“ (University of Iowa Libraries Special Collections Department); „Network“ von ElisaRiva (Pixabay); „Infographics“ von almeriel1 (Pixabay); Sebek Passport (Open Clip Art Library); „Border USA Mexico“ vom U.S. Federal Government (Pixabay).